

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



Vor dem geplanten Libanon-Einsatz besuchte Merkel am 31.8. Einheiten der Deutschen Marine in Warnemünde: „Überzeugt vom hohen Leistungsstandard der deutschen Marine verließ die Bundeskanzlerin am Nachmittag die Fregatte SACHSEN“ (<http://www.marine.de/>)

- *Regierung will Gesundheitsreform durchziehen, sie setzt auf die normative Kraft des Faktischen– Seite 4*
- *Keine Bundeswehr in den Nahen Osten! – Seite 6*
- *Köln: Ein Recht auf Bildung und Lernmittel auch für Arbeitslose– Seite 12*
- *Trotz Milliarden Gewinnen wollen Versicherungen Stellen abbauen – Seite 15*
- *Privatisierung der Berliner Sparkasse? – Seite 19*

Ausgabe Nr. 18 am 8. September 2006, Preis 1,80 €



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de
Termine: Alfred Küstler, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BIZ:

Bank:

Unterschrift:

Ein senden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Anstößiges Flucht- und Vertreibungsgerede in Buchenwald

Tagespresse / Rundfunk, 28.8., maf. Zur Eröffnung des Weimarer Kunstfestes hatte dessen künstlerische Leiterin, Nike Wagner, den politischen Aspekt des Festivals betont. „Wiedermal kommt die Politik nicht voran, und wir versuchen, auf der Ebene der Kunst einen Schritt vorwärts zu gehen“. Zur „rhetorischen“ Einleitung des Eröffnungskonzerts „Gedächtnis Buchenwald“ hatte Nike Wagner, den stellvertretenden Bundesbeauftragter für Kultur und Medien, Hermann Schäfer, eingeladen, beeindruckt durch dessen Mitwirkung an den derzeitigen Vertreibungsausstellungen. Schäfer sprach dann ausschließlich über Flucht und Vertreibung der Deutschen, ging mit keinem Wort auf die NS-Verbrechen und die Opfer des KZs ein. Schäfer musste seine Rede schließlich unter Protesten der anwesenden KZ-Überlebenden abbrechen. Die journalistische Kritik, die an diesen Eklat angeschlossen, war sich einig, dass Schäfer an diesem Ort über die KZ-Opfer hätte reden müssen. – Das Problem liegt tiefer. Hätte Schäfer auf eine angemessene Weise über Flucht und Vertreibung gesprochen, wären die Opfer der NS-Verbrechen unvermeidlich zur Sprache gekommen. So hat der Vorgang aktenkundig gemacht, dass sich in der hiesigen öffentlichen Meinung die „Leiden der Deutschen“ aus dem Zusammenhang der NS-Verbrechen lösen. Diese Entwicklung war bereits in den beiden F&V-Ausstellungen erkennbar (wir berichteten PB Nr. 25-26/2005 und PB. Nr. 18/2006). In direkter Konfrontation mit Überlebenden der NS-Verbrechen hat diese Sicht auf die Geschichte nicht standhalten können. In breiten öffentlichen Auseinandersetzungen ist der aus diesem Anlass doch wirklich gebotene, kritische Blick auf jene Ausstellungen bis jetzt ausgeblieben. Die angebrachte Unruhe findet vor allem im Ausland statt.

Unglaubliches Flucht- und Vertreibungsgerede am Tag der Heimat

www.bundespräsident.de, 5.9., maf. Bundespräsident Köhler spricht immer als Ökonom, weniger als Politiker. Seinen notorischen Optimismus zieht er aus den Tatsachen der wirtschaftlichen Entwicklung Nachkriegseuropas, in dem die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung zur politischen Systembildung führten. So hat Köhler keine Schwierigkeiten, Flucht und Vertreibung als Folge nicht nur der offenbaren Naziverbrechen, sondern der vorgesehenen deutschen, für alle Nachbarn unannehmbaren Ordnung Europas zu erkennen. Warum führte auch diese Rede

zu Kritik und Sorgen in den betroffenen Nachbarländern? Da ist erstens das schiere Faktum. Köhler sprach vor dem BdV, der seit vielen Jahrzehnten nicht mehr als Organisation besteht, die spezifische kulturelle und soziale Anliegen der Umgesiedelten artikuliert. Es geht um eine Funktionärsclique, die aus öffentlichen Mitteln gespeist, eine Variante deutscher Staatspolitik repräsentiert. Die Anerkennung, die durch die Präsidentenrede genau dieser in Lauerstellung gehaltenen Seitenlinie deutscher Politik gesendet wird, muss die Nachbarn beunruhigen. Dazu käme es nicht, wenn nicht an entscheidenden Punkten Verbindungen zwischen der aktuellen Hauptströmung und diesem trüben Seitengewässer gegraben würden. Wenn Köhler vom „Unrecht der Vertreibung“ redet und damit die Rechtmäßigkeit der gesamten Nachkriegsordnung in Zweifel zieht, macht er seine eigene Kritik an der deutschen NS-Vergangenheit zu einer besonders angestrebten Aktion der Vertuschung. Ein europäisches Friedenswerk wäre hingegen die Einstellung sämtlicher öffentlicher Förderung jener Verbände.

Polen sucht eine Schutzmacht

FAZ, 28.8./5.9., maf. Am 28. August griff die FAZ eine Meldung der tschechischen Zeitung „Mlada Fronta Dnes“ auf, nach das US-Verteidigungsministerium für sein Raketenabwehrsystem Silos in Polen und die dazugehörige Radaranlage in der Tschechischen Republik bauen wolle. Von einer Stationierung der Raketen in Mähren habe man Abstand genommen. Es wäre das, so die FAZ weiter, die erste derartige Stellung außerhalb Amerikas, wo es Stützpunkte in Kalifornien und Alaska gebe. Mit dem System wolle Amerika mögliche nordkoreanische und iranische Interkontinentalraketen abwehren. Am 5.9. berichtet nun die gleiche Zeitung, Polen wolle als politische Gegenleistung von den USA die Durchsetzung einer Anbindung Polens an die geplante Erdöl- und Erdgasexporttrasse erreichen, die von Kasachstan und Turkmenistan nach Europa führen soll, ohne russisches Territorium zu berühren. In der polnischen Presse soll laut dieser Meldung ein namentlich nicht genannter General gesagt haben, „wenn Warschau die amerikanischen Raketen dulde, müsse Amerika Polen deshalb „so verteidigen, als sei es ein Bundesstaat der Vereinigten Staaten.“ – Dieser neue, gefährliche Schritt der Militarisierung von Außenpolitik ist auch als Reaktion auf die deutsche, damals rot-grüne Politik zu verstehen, die durch den Plan einer Erdgas-Ostseepipeline direkt von Russland nach Deutschland, ohne Anschluss für Polen, versuchte, diesem Nachbarstaat

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

herrschaftlich seine Schranken zu zeigen. Das ideologisch-politische Klima, das die polnische Regierung zur Durchsetzung dieser hochriskanten „Absicherung“ benötigt, wird durch die Duldung der Umtriebe der Vertriebenenverbände durch Öffentlichkeit und Behörden der BRD angefeuert.

Baden-Württemberg will Reform des Mietrechts zurückdrehen

Handelsblatt, 28.8., scc. Baden-Württemberg hat eine Gesetzesvorlage in den Bundesrat eingebracht, mit der die Mietrechtsreform von 2001 teilweise zu Lasten der Mieter revidiert werden soll. Erstens will die baden-württembergische CDU/FDP-Koalition erreichen, dass die Kappungsgrenze für Mieterhöhungen wieder von 20 auf 30% innerhalb von drei Jahren erhöht wird. Zweitens soll bei Mietrückständen schon nach einem Monat (bisher: zwei Monate) Zahlungsverzug gekündigt werden können. Drittens soll für Mieter und Vermieter gleichermaßen eine Kündigungsfrist von drei Monaten gelten (zurzeit beträgt die Kündigungsfrist für beide drei Monate, verlängert sich aber für die Vermieter je nach Wohndauer des Mieters bis zu 9 Monaten). Der Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen (BFW) geht mit seinen Forderungen noch weiter: Er will für Neuvermietungen gar keine Kappungsgrenzen mehr, fordert die Abschaffung des Mietwucherparagrafen und kürzere Ankündigungsfristen für Modernisierungen. Demgegenüber wendet sich der Mieterbund gegen Änderungen zu Lasten der Mieter. Das aktuelle Mietrecht sichere die „Waffen-gleichheit“, so der Mieterbund-Direktor. Die Reform von 2001 habe zu weniger Beratungen und Rechtsstreitigkeiten bei Mieterhöhungen und Kündigungsfristen geführt.

Qualifizierte Zeitarbeit ist knapp

Handelsblatt, 1.9., rül. Die großen Zeitarbeitsfirmen melden eine deutliche Verknappung des Angebots an qualifizierten Fachkräften. „Qualifizierte Zeitarbeiter werden verzweifelt gesucht“, meldet das „Handelsblatt“ als Schlagzeile. Untertitel: „Personaldienstleister müssen bereits Aufträge ablehnen, weil Mitarbeiter fehlen“. Allein der größte Zeitarbeit-Konzern, Randstad, sucht derzeit 6.000 Zeitarbeitskräfte, Manpower, das drittgrößte Unternehmen, sucht 3.000 Kräfte. Im vergangenen Jahr waren bei allen Zeitarbeitsfirmen in Deutschland etwa 375.000 Personen beschäftigt, das war mehr als doppelt so wie noch Mitte der 90er Jahre. Noch immer expandieren die Firmen massiv, bei Randstad etwa wuchs der Umsatz im ersten Halbjahr 2006 um 36%, bei Manpower um 20%.



Menschenwürdige Arbeitsbedingungen auch für Papierlose

Migration online, 20.8., edb. Grundlegende Arbeitnehmerrechte und menschenwürdige Arbeitsbedingungen hat der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) Ende Juli 2006 für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unabhängig von ihrer Nationalität und ihrem rechtlichen Status gefordert und ausdrücklich auch sogenannte Illegale darin einbezogen. Angesichts der Aufdeckung eines Lagers in Süditalien, in dem polnische Beschäftigte wie Zwangsarbeiter gehalten wurden, erklärte der EGB-Generalsekretär John Monks: „Wir sind schockiert, dass solche Ereignisse sich auf dem Boden der EU zutragen können. Das sollte ein Weckruf ebenso für die Regierungen in den Mitgliedstaaten und der EU als auch für Arbeitgeber und Gewerkschaften auf allen Ebenen sein, der zeigt, dass die gegenwärtigen Politiken und Maßnahmen auf die falschen Themen zielen und weitgehend wirkungslos sind, um Menschen vor Ausbeutung zu schützen.“ Mit Bezug auf die Mitteilung der Europäischen Kommission zur Bekämpfung illegaler Migration ergänzte Monks: „Wir stimmen mit der Kommission überein, dass die Mitgliedstaaten härter mit Arbeitgebern und anderen, die von ausbeuterischen Arbeitsbedingungen profitieren, umgehen sollen. In dem Herangehen der Kommission vermissen wir aber jeglichen Hinweis auf die Wichtigkeit, menschenwürdige Arbeitsbedingungen und Menschenrechte von Wanderarbeitern zu überprüfen und durchzusetzen. Dies ebenso wie die Aufforderung an die Arbeitgeber und ihre Verbände, eine unzweideutigere Haltung in dieser Frage an den Tag zu legen.“ Laut EGB ist es eine Illusion der Mitgliedstaaten, zu glauben, das Problem der illegalen Zuwanderung könne durch Schließung der Grenzen und Durchsetzung repressiver Maßnahmen gelöst werden. Stattdessen fordert der EGB eine aktivere Sozialpolitik und ihre Durchsetzung in der EU, damit eine unfaire Konkurrenz zwischen Unternehmen und Mitgliedstaaten auf Kosten der Arbeitnehmerrechte verhindert werden kann. Gleichzeitig müsse anerkannt werden, dass jeder Mensch – mit regulären Papieren oder nicht – als Mensch geachtet und respektiert werden muss und ihnen dieselben grundlegenden Schutzrechte zustehen wie allen anderen Bürgerinnen und Bürgern auch, etwa menschenwürdige Arbeitsbedingungen, Vereinigungsfreiheit, Schutz vor Zwangsarbeit.

Aber qualifizierte Fachkräfte werden offensichtlich knapp für diesen Markt. Die Zeitarbeitsfirmen sind berüchtigt genug, wer kann, sucht sich einen Job bei regulären Firmen. Und da dort die Nachfrage nach Fachkräften ebenfalls anzieht, suchen sich Facharbeiter und qualifizierte Angestellte dort ihre Jobs. Damit ist für Zeitarbeitsfirmen der Markt offenbar leer. Die Klage der Industrieverbände, es seien trotz der hohen Arbeitslosigkeit nicht genügend Fachkräfte auf dem Markt, wird so jetzt von den Zeitarbeitsfirmen indirekt bestätigt. Auf dem Markt für ungelernte Arbeitskräfte herrscht dagegen weiter Überangebot, die Preise – also die Löhne – fallen für sie offenbar weiter nach unten.

EZB kündigt Zinserhöhung an

Handelsblatt, 1.9., rül. Der Präsident der Europäischen Zentralbank, Jean-Claude Trichet, hat Ende August eine weitere Anhebung der Leitzinsen der EZB angekündigt. Die EZB-Leitzinsen sind die Zinsen, zu denen sich große

Banken Geld bei der EZB leihen. Mit der Festlegung ihrer Leitzinsen beeinflusst die EZB so Geldbeschaffungskosten der großen Banken und auf diesem Weg indirekt auch das allgemeine Zinsniveau. Im Anschluss an eine Sitzung des EZB-Rats kündigte Trichet nun an, es sei weiter „große Wachsamkeit“ erforderlich, um die Risiken der Preisstabilität unter Kontrolle zu halten. Diese Risiken sieht die EZB zur Zeit weiter vor allem bei den Öl- und Energiepreisen und bei den Preisen anderer Rohstoffe. Aber auch die Immobilienpreise ziehen in einigen EU-Ländern weiter an, die anziehende Industriekonjunktur führt inzwischen auch zu wachsender Kreditnachfrage von Unternehmen und damit zu einem Anstieg der Geldmenge. Allgemein wird die Ankündigung Trichets so bewertet, dass der EZB-Rat auf seiner nächsten Sitzung im Oktober die EZB-Zinsen von jetzt 3 auf 3,25% anheben wird. Das allgemeine Zinsniveau scheint darauf aber noch nicht zu reagieren – weder steigen die Sparsparbuchzinsen, noch die Zinsen für Staatsschuldnpapiere, um nur zwei Indikatoren zu nennen.

Entwicklung Gesundheitsausgaben als Anteil am BIP und in Mio. € (absolut und je Einwohner).							
	1992	1995	2000	2001	2002	2003	2004
Gesundheitsausgaben in Mio. €	150.979	179.226	204.136	211.641	218.795	224.806	224.941
Anteil am BIP in %	9,2 %	9,7 %	9,9 %	10,0 %	10,2 %	10,4 %	10,2 %
Gesundheitsausgaben je Einwohner	1.870 €	2.190 €	2.480 €	2.570 €	2.650 €	2.720 €	2.730 €

Die Erbringung von Gesundheitsdienstleistung ist ein wachsendes Segment in der Wirtschaft der BRD, sowohl gemessen am Bruttoinlandsprodukt als auch je Einwohner steigen die Ausgaben. Internationale Vergleiche zeigen, dass in vergleichbaren Industrieländern häufig noch mehr aufgewendet wird. Die Gründe sind ansteigendes Durchschnittsalter, längere Lebensdauer u.ä. Bei den Zahlen sind nur Dienstleistungen und Investitionen für Prävention, Behandlung, Rehabilitation und Pflege enthalten, also keine Aufwendungen für den sogenannten Wellness-Bereich, Schönheitsoperationen usw. Es fehlt auch Krankengeld und Invalidenrenten. Quelle: Gesundheitsberichterstattung des Bundes, www.gbe-bund.de

Regierung will Gesundheitsreform durchziehen, sie setzt auf die normative Kraft des Faktischen

Eine große Mehrheit der Bevölkerung, Umfragen sprechen von über 70 Prozent, steht der geplanten Gesundheitsreform ablehnend gegenüber. Die Gründe sind vielfältig.

Erstens ist der Gesundheitssektor ein wachsender Sektor; für den künftig ein höherer Anteil des gesellschaftlichen Produkts aufgewendet werden wird. Die bisherigen Finanzierungswege stehen zur Diskussion, und es wird Verschiebungen geben. Bisher werden ca. 15% aus Steuern finanziert, ca. 10% durch individuelle Ausgaben und der große Rest durch Sozialabgaben auf Löhne und Gehälter über die Krankenkassen. Gesellschaftlicher Konsens und unumstritten bei der Gesundheitsreform scheint, dass künftig die Mitversicherung von Kindern über den Staatshaushalt erfolgen soll.

Zweitens sind Befürchtungen da, die sich aus den Erfahrungen mit den zurückliegenden Reformen speisen. Deren Ergebnis war eine Verschiebung bei den Ausgaben für diesen Bereich von den Transfers aus dem Staatshaushalt und dem Arbeitgeberanteil bei den Sozialversicherungen hin zu den Privathaushalten.

Drittens trat das rot-grüne Lager gegen das schwarz-gelbe Lager bei der letzten Bundestagswahl mit in einigen Teilen sehr unterschiedlichen Konzepten zur Gesundheitsreform an – bekanntlich fand keine der beiden Vorstellungen eine gesellschaftliche Mehr-

heit. Einige Parteistrategen sowohl bei der Union als auch bei SPD haben die Hoffnung, nach der nächsten Wahl wird dann in die eine oder andere Richtung korrigiert. Eine so weitreichende Reform sozusagen nur auf Probe, das kommt bei den Wählern auch nicht so gut an.

Viertens machen verschiedene Verbandsfunktionäre vor allem aus dem Bereich der Krankenkassen mobil, worauf Frau Merkel immer wieder gerne

Tabelle 1: Primäre Finanzierung im Gesundheitswesen

Gesamtausgaben der primären Finanzierer	1995	2000	2004
in Mrd. Euro			
Insgesamt.....	265,5	292,6	313,2
öffentliche Haushalte.....	47,7	46,9	52,8
Arbeitgeber	106,6	115,7	112,8
priv. Haushalte/priv. Org. o.E.	111,1	130,0	147,5
in %			
Insgesamt.....	100	100	100
öffentliche Haushalte.....	18,0	16,0	16,9
Arbeitgeber	40,1	39,6	36,0
priv. Haushalte/priv. Org. o.E.	41,9	44,4	47,1

Der Anteil der Privaten an der Finanzierung des Gesundheitswesens (diesmal inklusive Krankengeld und Invalidenrenten) ist mit den letzten Reformen angestiegen, wobei aber der größte Anteil über die Beiträge zur Sozialversicherung fließt; die direkten Ausgaben der Haushalte beliefen sich 2004 auf 34 Mrd. Euro. (Broschüre Gesundheitskosten Statistisches Bundesamt)

Bundeskanzlerin Merkel im ARD-„Sommerinterview“ vom 3.9.2006

Demokratieproblem

Joachim Wagner, ARD: Bei der Gesundheitsreform bekommt die Große Koalition mächtig Gegenwind. Nach Umfragen lehnen 78 Prozent aller Bundesbürger sie ab, und Arbeitgeber und Arbeitnehmer protestieren sogar gemeinsam jetzt gegen den Gesundheitsfonds. Wie wollen Sie eine Reform gegen fast alle durchsetzen?

Angela Merkel: Indem wir das, was wir uns gut überlegt haben, nun auch in ein ordentliches Gesetz hineinbringen. Und es ist eine Reform für die Versicherten. Es ist keine Reform für die Krankenkassen oder für bestimmte Besitzstandswahrer in diesem Gesundheitsgeflecht, sondern es ist ausdrück-

lich eine Reform, bei der wir garantieren wollen, dass mit den eingesetzten Beiträgen so umgegangen wird, dass dann auch ein Maximum an Gesundheit für die Menschen herauskommt. Und manch einer ist da vielleicht etwas ertappt worden, so kommt mir jedenfalls manche Kritik vor. Ich bin mir ganz sicher, dass wir mehr Transparenz, mehr Durchsichtigkeit bekommen durch diese Gesundheitsreform.

Wagner: Aber Sie haben eben gesagt, es sei eine Reform für die Versicherten. Dann kommt diese Message offenbar bei den Versicherten nicht an, denn wenn 78 Prozent sie ablehnen, dann müssen Sie das noch nicht richtig kommuniziert haben.

Merkel: Ich glaube, dass die Menschen sowieso die Dinge danach beurteilen, was jetzt genau stattfindet. Das wird man erst in ein paar Jahren sagen

können. Es ist oft so, dass eine politische Entscheidung am Anfang sehr hart umkämpft ist, und dann, wenn sie ihre Wirkungen entfaltet, akzeptiert wird. Und ich glaube, das kann bei dem Gesundheitsfonds genau so sein. Das Problem, was wir jetzt hier haben, ist, dass viele, deren Interessen auch berührt sind, natürlich ziemlich hart argumentieren, und ich kann nur sagen, wenn z. B. die Kassen in einem Satz sagen „bürokratisches Monstrum“ und „20.000 Arbeitsplätze gehen verloren“, das geht für mich nicht zusammen, also noch mal: die Versicherten sind die, mit deren Geld wir vernünftig umgehen wollen, und Sie sehen ja, dass wir hier auch sparsam und wettbewerbsfreudig sein müssen, damit das Geld auch wirklich eingesetzt werden kann für mehr Gesundheit.

ARD, Bericht aus Berlin, 3.9.2006

Ambulante ärztliche Versorgung:

b) Leistungsgerechte Honorierung

Das ärztliche Vergütungssystem wird vereinfacht und entbürokratisiert. Die von Budgets und floatenden Punktwerten geprägte Honorarsystematik wird durch eine Euro-Gebührenordnung abgelöst, die für den fachärztlichen und den hausärztlichen Versorgungsbereich jeweils nach unterschiedlichen Systematiken ausgestaltete Pauschalvergütungen, die in überschaubarer Zahl mit wenigen erforderlichen Einzelleistungsvergütungen kombiniert werden, sowie Abstufungsregelungen vorsieht. Dadurch gewinnt das Vergütungssystem erheblich an Transparenz, und die Ärzte erhalten weitgehende Kalkulationssicherheit. Durch die Pauschalisierung wird zudem dem heute systemimmanenten

Anreiz zur Erbringung und Abrechnung medizinisch nicht notwendiger Leistungen entgegengewirkt; die Leistungssteuerung wird dadurch verbessert. Kennzeichen eines neuen Vergütungssystems sind:

- Ablösung der bisherigen Budgetierung durch ein neues Vergütungssystem mit Mengensteuerung
- Schaffung einer Gebührenordnung mit festen Preisen und Mengensteuerung
- Übertragung des Morbiditätsrisikos auf die Krankenkassen
- Gewährleistung von Verteilungsgerechtigkeit zwischen den Ärzten
- Gleichbehandlung der gesetzlichen Krankenkassen bei der Finanzierung der ärztlichen Vergütung
- Honorarzuschläge für besondere Qualität
- Abbau von Über- und Unterversorgung durch finanzielle Anreize
- Professionalisierung der Erarbei-

tung der Vergütungsreform.

f) Vergütung bei vergleichbaren Leistungen in GKV und PKV

Die privatärztliche Gebührenordnung ist veraltet. Sie bedarf dringend der Novellierung. Ziel muss es aber schon jetzt sein, für vergleichbare Leistungen in GKV und PKV ein Leistungsverzeichnis mit vergleichbaren Vergütungen zu schaffen, das inhaltsgleich auch Grundlage der privatärztlichen Gebührenordnung ist. Abweichungen vom Umfang dieses Leistungsverzeichnisses und Abweichungen innerhalb des privatärztlichen Gebührenrahmens (Steigerungssätze) bleiben weiterhin möglich. Die Voraussetzungen für Abweichungen innerhalb des Gebührenrahmens (Steigerungssätze) werden präzisiert. Bei besonderer Qualität können auch innerhalb der GKV Zuschläge vereinbart werden.

www.die-gesundheitsreform.de

hinweist (siehe Sommer-Interview), ein Widerstand, der aber auf einen tiefgreifenden Wandel im „System“ Gesundheit hinweist.

An dieser Stelle soll aber nicht auf die Änderung in der Organisation bei den Krankenkassen eingegangen werden. Als Stichworte nur: Gesundheitsfonds zum rationelleren Beitragseinzug, staatliche Festlegung von Beitragssätzen, damit die Kassen über ihre Kosten und nicht über ihre Leistungen konkurrieren, zwingende Verpflichtung zu Hausarztmodellen und freie Vertragsverhandlung mit den Gesundheitsanbietern und so weiter und so fort. Die Kassen werden unter den Druck von kosteneffizienter Erbringung ihrer Dienstleistung gesetzt.

Aufmerksamkeit soll aber auf einen nicht so beachteten Aspekt der Gesundheitsreform gelenkt werden. Wir haben in dieser Zeitschrift aus Anlass des Streiks der Krankenhausärzte im Marburger Bund auf eine Änderung bei medizinischen Dienstleistungen hingewiesen, die wahrscheinlich auch einen wesentlichen Antrieb für die jetzt in Diskussion befindliche politische Reform darstellt. Die ärztliche Dienstleistung wird quantifizierbarer, standardisiert auf der Erbringungsseite, was dann auch unvermeidlich auf die Kostenrechnung durchschlägt. An den Krankenhäusern ist dieser Prozess weiter fortgeschritten als bei den Haus- und Fachärzten. Die Fallpauschalen als Kostenabrechnung für die Krankenhäuser sind ein Ausdruck dieser Entwicklung, der andere ist der Wandel des ärztlichen Selbstverständnisses hin zum hochqualifizierten Dienstleister.

Aus den Eckpunkten zur Gesundheitsreform ist zu entnehmen, dass nun auch im ambulanten Bereich der ärzt-

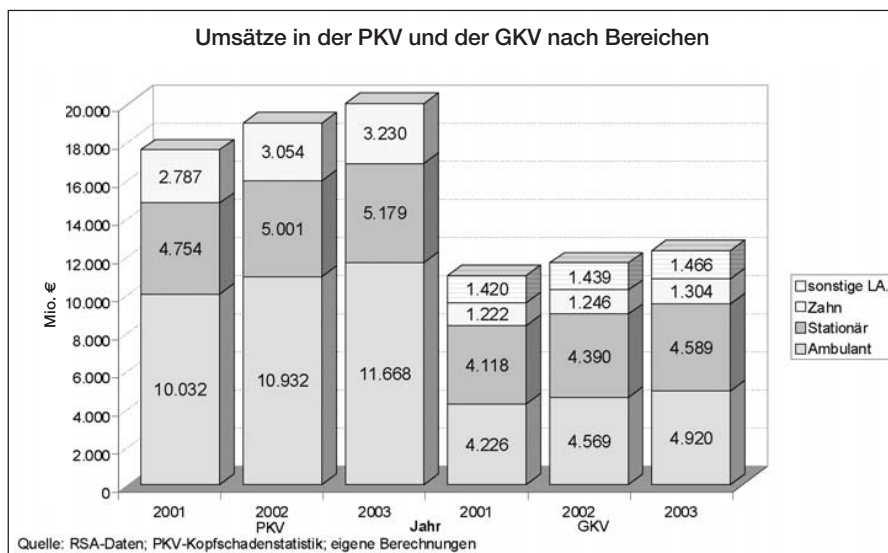
lichen Dienstleistung eine ähnliche Entwicklung stattfindet und die Politik dies durch entsprechende Vertragsgestaltungen und Abrechnungsverfahren befördern will. Das bisherige Verfahren hat dazu geführt, dass Ärzte, die einen höheren Aufwand betreiben oder wegen sozialer Herkunft oder Alters „ungünstige“ Patienten haben, dafür nicht entlohnt wurden. Das neue Vergütungssystem setzt auf Standardisierung der Leistungen und Anreizen zur Kostensenkung in den Arztpraxen.

Sicher hat der ärztliche Beruf, speziell der des Allgemeinmediziners und Haus-

arztes, weiterhin stark die Komponente der persönlichen Beratung und Betreuung; aber selbst das – so deuten jedenfalls die Eckpunkte an – lässt sich in einem ansonsten durch vergleichbare Tätigkeiten geprägten Umfeld berücksichtigen. Weil die Entwicklung aus einem Wandel der ärztlichen Tätigkeit selbst stammt, damit auch das ärztliche Selbstverständnis ändert, scheint sie unaufhaltsam.

Privatpatienten, Private Krankenkassen

Dieser angedeutete Prozess hat auch Folgen für den Privatpatienten. Knapp



Eine interessante Rechnung: Während die Pro-Kopf-Umsätze bei gesetzlich Versicherten und Privatversicherten im Bereich der Krankenhäuser sich nur wenig unterscheiden und abgenommen haben (Zusatzleistung wie Ein-Bett-Zimmer, Chefarzt usw. sind herausgerechnet), sind die Unterschiede beim Besuch von Ärzten äußerst groß. Im Zuge einer Standardisierung ärztlicher Leistungen und entsprechender Kostenrechnung wird sich dieser Unterschied nicht halten lassen. Aus „Der überproportionale Finanzierungsbeitrag privat versicherter Patienten zum Gesundheitswesen“ von Dr. Frank Niehaus und Christian Weber vom Wissenschaftlichen Institut der Privatkassen, Sept. 2005. (www.pkv.de)

8 Millionen Personen, etwa zehn Prozent aller Versicherten, sind bei einer Privaten Krankenkasse versichert. Davon haben knapp vier Millionen als Beamte eine Zusatzversicherung zur Beihilfe, die Bund oder Land bei Krankheit den Beamten und ihren Angehörigen bezahlt, was in der Regel ca. 80 Prozent der Krankheitskosten abdeckt. Die übrigen Versicherten bei den Privaten Krankenkassen sind meistens Angestellte, die mit ihrem Einkommen über der Versicherungspflichtgrenze liegen, wobei diejenigen, die Angehörige (Ehegattin, Kinder) mitzuversichern haben, häufig aus Kostengründen in der gesetzlichen Krankenversicherung bleiben. Und schließlich sind es Selbständige, die sich privat versichern.

Bisher bezahlen die Privatpatienten über das Doppelte pro Kopf beim Besuch von ambulanten Ärzten (siehe Grafik). Dies liegt nicht an den besseren Leistungen, die der Privatpatient erhält (die sind bei dem Vergleich schon herausgerechnet). Vielmehr handelt es sich um eine historisch gewachsene Art der Preisbildung, die eng mit der paternalistischen Stellung des Arztes zusammenhängt, der dann soziale Preise macht.

Wenn aber die ärztliche Leistung in großem Umfang standardisierbar wird, verliert eine solche Preisdifferenzierung ihren Zweck und führt zu massiven Fehlsteuerungen. Die Eckpunkte der Regierung zur Gesundheitsreform enthalten daher den Passus, dass die Preise für ärztliche Leistungen in der gesetzlichen und der Privatversicherung anzugleichen sind (siehe Kasten Eckpunkte unter f). Die Aufregung der Privatversicherungen ist groß. Sie verlieren perspektivisch die Mitversicherung der Kinder, eventuell auch der nicht-verdienenden Ehegatten. Die Abgrenzung zur gesetzlichen Versicherung erfordert neue Geschäftsmodelle, die die Politik aber ermöglichen will. Durch Vereinbarung von „Zusatzleistungen“ wird dem Arzt weiterhin ein gewisses Bezugs von Privatpatienten ermöglicht.

Durchziehen geht auch ohne Basta

Unangenehm bleibt, wie die Regierung die Gesundheitsreform betreibt. Auch wenn die Kanzlerin in den Umgangsformen sich deutlich vom Basta-Kanzler Gerhard Schröder unterscheidet, ist das Verfahren demokratiefremd. Das System steuert sich scheinbar selbst in einen veränderten Zustand; die Experten stellen fest, so und nicht anders muss es sein, wenn es, das System, weiterlaufen soll. Argumentative Aufklärung findet kaum oder gar nicht statt. Der Verdacht liegt nahe, dass ein aufgeklärtes Publikum nur stört, wenn in dem Reformprozess Privilegien und Benachteiligten umgemodelt und neu verteilt werden.

alk

Keine Bundeswehr in den Nahen Osten!

Wichtige Weichenstellung

Bei Redaktionsschluss am 5.9. hat die Bundesregierung entgegen ihrer ursprünglichen Planung noch keinen Beschluss über die Entsendung der Bundesmarine an die libanesisische Küste fassen können. Die libanesisische Regierung hat sich deutlich länger als erwartet Zeit gelassen, überhaupt deutsche Marineeinheiten anzufordern, und als sie das am 5.9. tat – mit einstimmigem Beschluss –, knüpfte sie die Anforderung an Bedingungen, die, wie Spiegel online schrieb, für Deutschland „nicht hinnehmbar“ seien.

Wochen nach Ende der Kampfhandlungen ist die israelische Libanon-Blockade zur See und in der Luft weiter in Kraft. Nur Maschinen der libanesischen Fluglinie sowie jordanische Flugzeuge und Flugzeuge mit Hilfslieferungen können derzeit Beirut anfliegen. Auch auf dem Seeweg bleibt der Libanon, Drehscheibe des Warenverkehrs im Nahen Osten, abgeschnitten mit der Folge, dass die durch den Krieg hart getroffene libanesisische Wirtschaft fast vollends zum Erliegen kommt.

Obwohl die UNO die Aufhebung der Blockade fordert, will Israel dem Verlangen erst folgen, wenn die durch niederländische, dänische, schwedische und norwegische Kriegsschiffe verstärkte deutsche Marine die Kontrolle über die libanesischen Seegrenzen übernimmt. Analog hatte Kanzlerin Merkel frühzeitig erklärt, Deutschland könne „mit dem Schutz der libanesischen Küste eine Voraussetzung“ für das Ende der Blockade schaffen. Mit anderen Worten: Die Kontrolle über die libanesischen Seegrenzen ginge von Israel auf die EU-Truppen, konkret vor allem die BRD über. Die Auseinandersetzung um die Rolle der von der UN mandatierten internationalen Truppen spitzte sich in genau dieser Frage zu. Für den Libanon steht nicht weniger als die Souveränität auf dem Spiel. Verliert das Land, das im Süden Grenzen mit Israel,

im Osten und Norden mit Syrien teilt, die Kontrolle über die Seegrenzen, verliert es die Kontrolle über die internationalen Verbindungen.

Entsprechend versuchte die libanesische Regierung, Einsatz und Befugnisse der internationalen Kriegsmarinen zu beschränken. Wie es heißt, macht sie erstens zur Bedingung, dass Israel zuvor die Blockade aufhebt. Zweitens soll ein mehrerer Meilen breiter Streifen vor der Küste für die internationalen Kriegsschiffe tabu bleiben. Das würde bedeuten, dass die BRD, die das Kommando über die Flotte beansprucht, und die anderen europäischen Nato-Mächte zuvor ausdrückliche Zustimmung durch den Libanon weder Truppen noch Nachschub anlanden könnten.

Damit sind den Nato-Plänen erneut Hindernisse in den Weg gestellt. Die EU- bzw. europäischen Nato-Mitgliedstaaten wählten sich bereits einen erheblichen Schritt weiter. Denn auch wenn die schließliche Größe und Zusammensetzung der von der UN mandatierten Truppen im Libanon noch nicht feststehen, ist doch sicher, dass Soldaten aus den EU- bzw. den europäischen Nato-Mitgliedstaaten ihren Kern bilden und damit letztlich die Nato-Militärstrukturen entscheidend sind. Die EU-Staaten haben bis zu 7000 Soldaten zugesagt; Frankreich wird bis Februar 2007 das Kommando führen, anschließend wird es an Italien übergehen.

„Die EU wird zu einem Hauptakteur im Nahen Osten“, hatte die FAZ (4.9.) festgestellt. Die österreichische Zeitung *Die Presse* (1.9.) zitierte die Sprecherin von Javier Solana, dem außenpolitischen Beauftragten der EU: „Je mehr wir vor Ort mit unseren Soldaten präsent sind, desto mehr Einfluss werden wir bekommen, um unserem militärischen, humanitären und wirtschaftlichen Engagement zu entsprechen.“ Die EU-Außenminister wollten, so heißt es nach ihrem letzten Treffen am 1.9.,



Zwei Fregatten, bis zu vier Schnellbooten, drei Minensucher, ein Abhörschiff und bis zu drei Versorgungsschiffen – Bild: die „Frankfurt“ – würde die Bundesregierung gerne entsenden, dazu bis zu 3000 Soldaten; sie beansprucht das Kommando über die internationalen Marineeinheiten



An einer Demonstration gegen die Kriegspolitik von Präsident Bush nahmen in Salt Lake City 4.000 Menschen am 31.8. wenige Stunden vor dem Besuch von Bush in der Stadt teil. Nach Aktionen von 2.000 Kriegsgegnern gegen einen Auftritt von Bush vor 6.000 ehemaligen Soldaten der „Veterans Of Foreign Wars“ im August letzten Jahres war auch dieses Mal der Bürgermeister Rocky Anderson von Salt Lake City, der für die Stadt einer der Erstunterzeichner der Erklärung „Cities for Peace“ (Städte für den Frieden) war, einer der Initiatoren des Protestes. (rub)

USA: Heimatfront bröckelt

Erneut hat US-Präsident Bush eine wüste Kriegsrede gehalten, die die fast schon verzweifelte Durchhaltepropaganda jedoch kaum verdeckt. „Der Krieg, in dem wir heute kämpfen, ist mehr als ein militärischer Konflikt“, sagte er. „Es ist der entscheidende ideologische Kampf des 21. Jahrhunderts.“ Bekämpften die USA die „islamistischen Terroristen“ nicht im Irak, „müssten wir den Kampf in den Straßen unserer eigenen Städte führen“. Die „islamistischen Terroristen“ seien „die Erben der Faschisten, der Nazis, der Kommunisten“. Die Heimatfront jedoch bröckelt. Dem US-Verteidigungsministerium gelingt es nicht mehr, genügend Freiwillige zu rekrutieren. Das Heer hat bereits 5000

Reservisten zwangsverpflichtet. Noch mehr ist die Administration durch die massenhafte Weigerung von Marine-Reservisten geschockt, sich freiwillig zu melden. Bush gab jetzt den Befehl, notfalls bis zu 2500 Marines zwangsweise zum Einsatz in Irak und Afghanistan zu verpflichten. Die *New York Times* veröffentlichte kürzlich eine Umfrage, wonach 51% der Befragten die Behauptung Bushs bestritten, dass der US-Einsatz im Irak Teil des „Antiterrorkrieges“ sei (im Juni lag die Zahl bei 41%). 53% bezeichneten die Invasion im Irak als „Fehler“. Krieg und Besatzung haben den Irak längst in ein Blutbad gestürzt. Einem Bericht des Pentagon zufolge hat sich von Mai bis Mitte August die Zahl der Opfer von Gewalt von 80 auf durchschnittlich 120 Menschen pro Tag erhöht.

umgehend neue Anstrengungen zur Lösung des Nahost-Konflikts unternehmen. Der frühere Sicherheitsberater Brzezinski, ein Kritiker sowohl des Irak-Krieges als auch des jüngsten Libanon-Krieges, bezeichnete in einem Interview mit dem *Corriere* die Stationierung der EU-Truppen im Libanon als möglichen „Beginn eines Lösungsprozesses, in dem am Ende eine internationale oder eine Nato-Truppe der Garant für einen mit seinen arabischen Nachbarn ausgehandelten israelischen Rückzug aus den besetzten Gebieten sein kann“. Doch das ist weit vorgegriffen. Wenn es den europäischen Nato-Mächten gelingt, die Souveränität des Libanon auszulöschen, das Land in ihr unumschränktes Einflussgebiet zu ver-

wandeln, in einen Stützpunkt ihrer „Greater-Middle-Ost“-Strategie, dann ist eine friedliche, die berechtigten Interessen aller Beteiligten berücksichtigende Lösung des Nahost-Konfliktes ferner denn je. Dann wächst die Gefahr, dass der Einsatz der Nato den Nahen Osten in ein Inferno stürzt.

Auch wenn der Ausgang zur Stunde unklar ist: Das überraschend zähe Ringen des Libanon um seine Souveränität eröffnet Chancen. Es wirft – zum einen – geradezu ein Schlaglicht darauf, dass die stärkste Bedrohung für die Souveränität und mit die größte Gefahr hinsichtlich der weiteren von Deutschland, dieser zentralen Macht in der Mitte Europas, und der deutschen Beteiligung an den internationalen Truppen ausgeht.

Damit erhalten die Gegner der Militarisierung der deutschen Außenpolitik Unterstützung und wichtige zusätzliche Argumente. Zurecht betont die linke Bundestagsfraktion: „Dass der Libanon bisher keine deutschen Soldaten angefordert hat, bestätigt die Fraktion DIE LINKE. in ihrer Ablehnung des Einsatzes.“ (PE 4.9)

Zum anderen weist es auf bedeutsame Vorgänge innerhalb der libanesischen Gesellschaft hin. Zunächst wurde die Souveränität des Libanon dadurch beschädigt, dass es der Regierung nicht gelang, von libanesischem Territorium ausgehende Angriffshandlungen der Hisbollah-Miliz gegen Israel zu unterbinden. Die Entwicklung seit der Waffenruhe weist aber in eine andere Richtung. Die Hisbollah hat das Vorrücken der libanesischen Armee in den Süden des Landes, Bedingung der Waffenruhe, unterstützt und zeigt sich auch sonst zur Zusammenarbeit mit Armee und Regierung bereit. Eine solche Zusammenarbeit, die das Risiko eines Bürgerkrieges reduziert, wäre ein wichtiger Schritt in Richtung Staatlichkeit des Libanon.¹

Aufschlussreich ist die Politik der Hisbollah auch in anderer Hinsicht. Man versucht ja, Anzeichen für die Schlussfolgerungen zu ziehen, die die Kriegsparteien aus dem Waffengang ziehen. Dass Israel den Krieg nicht gewonnen hat, führt im Land zu einer sehr breiten, sehr heftigen und sehr kontroversen Diskussion. In dieser Diskussion sind die Kritiker der militärischen Option, die mahnen, dass Israel Sicherheit nur durch Frieden und Ende der Besatzung gewinnen kann, eine wohl kleine Minderheit, aber sie können, selbst in Zeiten des Krieges, ihre Stimme erheben, sie gehen in der Diskussion nicht einfach unter und finden Bestätigung durch den Kriegsverlauf.

Entsprechende Debatten über die Politik gegenüber Israel in der libanesischen oder palästinensischen Gesellschaft sind schwerer zu aufzuspüren, und vielleicht gibt es sie auf solche Weise auch nicht. Doch fiel auf, dass Nasrallah, Generalsekretär der Hisbollah, nach dem Krieg, den auch die Hisbollah nicht gewann und gewinnen konnte, erklärte, hätte er um die Folgen der Entführung der beiden israelischen Soldaten gewusst, hätte er den Befehl dazu nicht erteilt, und sich bei der libanesischen Bevölkerung entschuldigt. Auch kündigte er an, dass die Hisbollah im Süden nicht mehr bewaffnet auftreten werde. Vielleicht haben seiner Rede taktische Erwägungen zugrunde gelegen. Doch lässt sich feststellen, dass die Hisbollah offensichtlich bemüht ist, die Infrastruktur im zerstörten Süden schnell wieder herzustellen und die wirtschaftliche Tätigkeit wieder anzukurbeln. Dass sie den Wiederaufbau vorantreibt, spricht dagegen, dass sie einen neuen

Krieg vorbereitet.

Wenn es dem Libanon also gelingt, seine Souveränität zu verteidigen, kann sich die krisenhafte Situation im Nahen Osten stabilisieren. Wenn nicht, gewinnen die Nato-Truppen Spielraum, die verschiedenen Kräfte der libanesischen Gesellschaft gegeneinander zu treiben, mit dem Risiko der Entfesselung eines Bürgerkrieges, ähnlich der Entwicklung im Irak. scc

1 Siehe dazu: Das Rad nicht weiter drehen. Interview mit Mohssen Massarrat in: Freitag, 1.9.

PKK bietet neuen Waffenstillstand an

Türkei versucht mit Unterstützung der USA die Guerilla zu zerschlagen

Die KKK (Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans) sowie die HPG-Guerilla haben der Türkei einen neuen Waffenstillstand ab 1. September angeboten. Zahlreiche türkische, kurdische und ausländische Organisationen sowie EU-Politiker hatten zuvor beide Parteien zu einem solchen Schritt aufgerufen und vor einer weiteren Verschärfung der militärischen Auseinandersetzungen gewarnt. Der finnische Außenminister verdeutlichte der türkischen Regierung am 11.8. noch einmal, dass sie den Kurdenkonflikt nicht militärisch lösen könne, vielmehr solle sie einen Weg wie Großbritannien bei der Lösung des Konflikts in Nordirland gehen. (Radikal, 11.8.) Sinn Fein machte das Angebot, in einem Friedensprozess zu vermitteln. (Özgür Politika, 13.7.) Der stellvertretende Präsident des EU-Parlaments Mauro forderte in einem Brief den EU-Erweiterungskommissar Rehn auf, die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei abzubreaken, sollte sie weiter Grundrechte- und Freiheiten verletzen. (ANF, 18.7.)

Leider befindet sich die deutsche Regierung nicht in vorderster Front der Friedensmacher. Sie geht vielmehr gegen die kurdische Opposition in der BRD mit neuen Verhaftungen vor. Udo Steinbach vom Deutschen Orientinstitut reklamierte für die Türkei das „Selbstverteidigungsrecht“. Mit ihren Operationen, die nach Ansicht der türkischen Regierung aus Rückzugslagern im Nordirak gesteuert werden, gefährdet die PKK „tatsächlich die Sicherheit und Stabilität der Türkei.“ (Deutsche Welle, 20.7.) Bundeskanzlerin Merkel wird in Ankara im Oktober erwartet. Die Außenminister Steinmeier und Gül werden sich am 6.9. in Istanbul treffen und gemeinsam eine „gesellschaftliche Initiative gegen den Terror“ gründen.

Das sind Ermunterungen für die türkische Regierung, die sich vor den kom-

menden Parlamentswahlen abgewandt hat von der Suche nach einer friedlichen Lösung des Konflikts. Vielmehr verschärft sie den nationalistischen Ton – übrigens ganz im Gegensatz zu den Stellungnahmen kurdischer Politiker und der Führung von KKK, Kongra-Gel und HPG, die vor einer wachsenden chauvinistischen Pogromstimmung warnen.

Regierung und Militär der Türkei haben in den letzten drei Monaten die Operationen gegen die kurdische Bewegung nochmals eskaliert, das gilt sowohl gegen die kurdische Opposition in der Türkei als auch gegen die Guerillakräfte der HPG. Öffentlich erklären Ministerpräsident Erdogan, seine Regierung und die Militärführung, dass sie die PKK endgültig vernichten wollen. Sie halten den Zeitpunkt für günstig, besonders nachdem Israel den Libanon angegriffen hat.

Das Antiterrorgesetz wurde gerade neu verabschiedet, und schon wurden die ersten Anklagen danach erhoben. Die politische Lage im Südosten der Türkei kommt mehr und mehr dem Kriegszustand Anfang der 90er Jahre nahe, und die ökonomische Lage erinnert immer mehr an ein Armenhaus.

Natürlich tragen die Bombenanschläge der TAK (Freiheitsfalken Kurdistans), eine Abspaltung von der PKK, in den Urlaubsorten am Mittelmeer und in Izmir und Istanbul nicht zur Beruhigung der Lage bei. Der Kongra-Gel verurteilte die Anschläge: „Bestimmte marginale Gruppen würden in der Türkei Bombenanschläge auf Touristenorte der Türkei ausüben. Diese Aktionsform werde von der kurdischen Bewegung abgelehnt und verurteilt.“ (ANF, 29.8.)

Das Militär zieht seit Monaten Truppen in den kurdischen Provinzen zusammen. Waren es im Mai etwa 200.000 Soldaten, die mittlerweile im Dauereinsatz gegen die kurdische Guerilla eingesetzt werden, soll sich derzeit bis zu 2/3 der 800.000 Soldaten der türkischen Armee in den kurdischen Gebieten und an der Grenze konzentrieren. Die HPG-Bilanz aus den Monaten Juni und Juli dokumentiert, dass täglich mehrere Gefechte stattgefunden haben. Der Generalstab hat für diese Operationen eine neue Division zur „Terrorabwehr“ in Yüsekova aufgestellt und seine Kommandostrukturen geändert. Es wurde ein neuer Stab mit 40 Generalen gebildet, der von dem neuen Generalstabschef Yasar Büyükanit geführt wird. (NTV, 30.8.) Der Stab kommandiert etwa ein Drittel der Kräfte von Heer und Jandarma und koordiniert auch mit dem Iran Bombardierungen und kurze Truppeneinfälle in Südkurdistan, die in den letzten drei Monaten an Intensität zugenommen haben.

Neben den Bomben auf Südkurdistan und dem Truppeneinfälle an der Grenze fordert Erdogan vehement von

den Regierungen der USA und des Irak ein Vorgehen gegen die PKK. Er droht mit einem Einmarsch in den Nordirak, sollte nichts Grundlegendes geschehen, und rechtfertigt die Bombardierungen und die geplante Invasion mit „Selbstschutz gegen Terror und Gewalt“. Was bei Israel als „Selbstverteidigungsrecht“ gelte, habe auch für die Türkei Gültigkeit. Erdogan forderte sogar einen Nato-Einsatz wie in Afghanistan.

Die USA antwortete mit einem Nein zur Invasion, beeilte sich aber, über den Sprecher des Außenministeriums zu erklären: „Wir favorisieren, dass die Türkei sich mit den multinationalen Streitkräften im Irak und der irakischen Regierung zusammensetzt, die vorliegenden Informationen ausgetauscht werden und gegen die terroristische Bedrohung des türkischen Volkes gemeinsam vorgegangen wird.“ (Milliyet, 19.7.06) US-Präsident Bush sicherte der türkischen Regierung zu, „aggressiver“ vorzugehen. Dies habe er mit der irakischen Regierung vereinbart.

So fanden dann Ende Juli und Anfang August eine ganze Reihe von Verhandlungen statt zwischen der Türkei, den USA, dem Irak und der KDP und PUK. Die Ergebnisse sollen laut Pressemeldungen in etwa so aussehen: Es werden Koordinatoren zur verbesserten Zusammenarbeit zwischen den Regierungen der Türkei, der USA und des Irak im Kampf gegen die PKK eingesetzt. Die Türkei wird einen Armeegeneral oder den ehemaligen Außenminister Cetin auf diesen Posten setzen. Die USA hat als PKK-Sonderkoordinator Joseph Ralston ernannt. Ralston ist ehemaliger US-Generalstabschef, der lange Zeit sowohl als Oberkommandierender der Nato-Truppen in Europa als auch der US-Truppen in Europa tätig war. Der Irak soll schärfer gegen Einrichtungen von PKK, Kongra-Gel, HPG usw. vorgehen. In Diskussion sind Schließung von Büros, Zeitungen und anderer Einrichtungen. Der Irak richtet ein Lager in der Nähe von Dohuk für die PKK-Guerilla ein für laut KDP um 2.300 PKK-Mitglieder. Sie sollen entwaffnet und bis auf 400-500 Führungskader nach einem gewissen Zeitraum in die Türkei überführt werden.

Eine Lösung für den kurdischen Konflikt in der Türkei stellen diese Planungen nicht dar. Es wird vielmehr den Konflikt in der Türkei verschärfen, die kurdischen Organisationen im Irak und der Türkei gegeneinander aufhetzen und die kurdische Bevölkerung spalten. Perfide ist, dass dabei die Dreckarbeit von den Kurden der PUK und KDP erledigt werden soll und die Türkei immer ein Druckmittel für militärisches Eingreifen im Nordirak parat hätte. Das ist eine Neuauflage der Politik „Teile und Herrsche“, trägt aber nicht zum Frieden in der Türkei und der Region bei.

rub



San Francisco. Zwei Jahre nach dem letzten Streik und den Aussperrungen im Hotelgewerbe von San Francisco haben am 24. August 93% der Hotelbeschäftigten per Urabstimmung entschieden, die Gewerkschaftsführung zu beauftragen, wenn notwendig einen neuen Streik zu organisieren. Zwei Jahre lang arbeiten die Beschäftigten nun ohne Vertrag, zwei Jahre, in denen sie immer wieder Aktionen durchführten; u.a. hatte die Gewerkschaft zu einem Boykott der großen Hotelketten aufgerufen, der diese nach ihrer Auffassung rund 100 Millionen Dollar gekostet haben dürfte. Am 31. August demonstrierten mehrere tausend Mitglieder und Unterstützer von Unite Here! zum Hotel Vier Jahreszeiten, wo über 60 Beschäftigte in einen Akt von zivilem Ungehorsam den Eingang blockierten. Die Polizei nahm die Blockierer fest, doch dank der machtvollen Demonstration wurden sie schnell wieder freigelassen. (Quelle und Bild: Indymedia San Francisco Bay)

Brasilien: 12.000 VW-Arbeiter im Streik gegen Stellenstreichung

Nachdem der Volkswagenkonzern in Brasilien die Streichung von 1800 Arbeitsplätzen im ältesten und größten der fünf VW-Werke in Brasilien, in Anchieta bei Sao Bernardo do Campo, bekannt gegeben und die Kündigungen zum 21.11.06 verschickt hatte, traten die 12 400 Beschäftigten des Werkes in einen unbefristeten Streik. Der Konzern will bis 2008 insgesamt 6 000 der noch 22 000 Arbeitsplätze streichen, verschiedene Leistungen kürzen und womöglich ein Werk ganz schließen. Den Streikenden droht er jetzt mit sofortiger Schließung, die Gewerkschaften wiederum kündigen einen „harten Kampf“ an. Der Ausgang ist ungewiss. Erst kürzlich hatten die VW-Beschäftigten in Mexiko aufgrund ihrer starken Position – Mexiko gilt als VW als Hauptbasis für den US-Markt – 5,5% mehr Lohn durchsetzen können. Brasilien ist für den Automobilkonzern mit 380 000 Auslieferungen im Jahr nach der BRD und China der drittgrößte Markt, außerdem werden rund 260 000 in Brasilien gefertigte VWs in andere Länder Südamerikas und nach Europa exportiert. (Quelle: ftd)

Streikwelle in Südafrika

Seit mehr als drei Wochen streiken die 52.000 Beschäftigten der Shoprite-Kette in Südafrika. Auch nach jüngsten Meldungen vom 2.9. ist ein Ende des

Streiks nicht in Sicht. Die meisten Streikenden sind Frauen, die in der Regel in den Townships wohnen und deren Löhne mit den explodierenden Preise für Transport, Strom und Wasser – Folgen der Privatisierungswelle – nicht mithalten. Die Gewerkschaft der Lebensmittelarbeiter (Saccawu) fordert eine Lohnerhöhung von 300 Rand oder 10%, sie lehnt das Angebot von Shoprite auf eine Lohnerhöhung von 263 Rand als unzureichend ab. – Der Streik reiht sich in eine ganze Streikkette ein; im Juli/August streikten z.T. über viele Wochen 4000 Bergarbeiter, Beschäftigte des Lebensmittelkonzerns Kraft in Johannesburg, 8000 Reinigungskräfte, die eine Lohnerhöhung von 1,2 Rand/Stunde forderten, bei Löhnen von 1.300 Rand in den Städten und 600 Rand auf dem Land ein Minimum. Die Reinigungsarbeiterinnen und -arbeiter, an deren Streik 16 Gewerkschaften beteiligt sind, organisierten u.a. eine Demonstration mit 7000 Beteiligten in Johannesburg und Pretoria sowie zahlreiche kleinere Demonstration im ganzen Land. Auch dieser Streik dauert diversen Meldungen von 1.9. zufolge noch an. (Quelle: www.labourstart.org/)

Chile: Fünf Prozent und 17000 Dollar einmalig

Die Gewerkschaft Nr. 1 hat den längsten Streik in einer privaten Kupfermine in Chile, der Escondida-Mine bei Antofagasta, nach 25 Tagen beendet. Von den 2000 Gewerkschaftern stimmten 1607

für und 121 gegen den Abschluss mit 40-monatiger Laufzeit. Mit Wiederaufnahme der Produktion am 2.9. gelten Lohnerhöhungen um 5% über der Inflation und wird ein einmaliger „Bonus“ von knapp 17000 Dollar gezahlt. Darüber hinaus wurde u.a. eine 100-prozentige Abdeckung der Gesundheitskosten durchgesetzt. Die geforderten 13% Lohnerhöhung hätte BHP Billiton auf der Basis der gegenwärtig außergewöhnlich hohen Preisen gut zahlen können, aber da nach chilenischem Gesetz nach 14 Streiktagen Einzelverhandlungen geführt werden dürfen, war es klug seitens der Arbeiter, dem mit 5% für chilenische Verhältnisse hohen Streikergebnis zuzustimmen. Beim größten Kupferproduzent der Welt, der staatseigenen chilenischen Codelco, beginnen Mitte September die Tarifverhandlungen. Der Tarifkompromiss in Escondida ist dabei sicherlich der Maßstab. Die politische Wirkung dürfte nicht unerheblich sein. (evd, Quelle u.a. Handelsblatt vom 4.9.06)

Militarisierung der japanischen Außenpolitik besorgt die Nachbarn

Am 22.9. wählen die beiden Kammern des japanischen Reichstages einen neuen Premier. Koizumi, der alte, gibt sein Amt auf. Als eine seiner letzten Amtshandlungen besuchte er den Yasukuni-Kriegsschein, das Heiligtum des japanischen Militarismus, und zwar erstmals und in betonter Missachtung der Proteste Südkoreas und Chinas am Tag des Kriegsendes, der in Korea als Jahrestag der Befreiung von japanischer Kolonialherrschaft begangen wird. Neuer Premier wird voraussichtlich Shinzo Abe, bekannt als nationalistischer Hardliner, der Japan erklärtermaßen zur militärischen Großmacht aufrüsten und als ständiges Mitglied in den UN-Sicherheitsrat führen will. Sein Ziel ist die „komplette Revision der gegenwärtigen Verfassung“, insbesondere die Abschaffung des „Friedensparagrafen 9“, der die militärische Aufrüstung des Landes beschränkt. Abe sprach sich u.a. für die Bewaffnung Japans mit taktischen Atomwaffen aus und trat nach den jüngsten Raketenstarts Nordkoreas für das „Recht Japans auf Präventivschläge“ ein. Offen droht er China, das er als „destabilisierenden Faktor in Asien“ bezeichnet, und macht sich für ein gegen China gerichtete Bündnis mit Indien und Australien stark. Derweil bieten die USA Japan 80 weitere Patriot-Systeme für Raketenabwehr an. Bereits geplant ist die Stationierung von Raketenabwehrsystemen auf US-Stützpunkten in Japan, außerdem arbeiten beide Staaten an der gemeinsamen Entwicklung eines neuen Systems zur Abwehr ballistischer Raketen. (Quelle: Standard)

Zusammenstellung: scc

HAMBURG. Über 1000 Menschen, vorwiegend Migrantinnen und Migranten, demonstrierten am 2. September gegen die drohenden Abschiebungen nach Afghanistan. „Nagel, Nagel, lass uns leben“ und „Wir sind Hamburger“ waren die am meisten gerufenen Parolen. Trotz Ausweitung der Kriege in Afghanistan hatten die Innenminister vor einem Jahr beschlossen, afghanische Flüchtlinge, zunächst allein stehende Männer und kinderlose Ehepaare, abzuschicken. Der Hamburger Innensenator Nagel, schon damals Vorreiter der Abschiebepolitik, geht nun einen Schritt weiter und will auch Familien mit Kindern nach Afghanistan abschieben – Kinder, die oft hier geboren wurden, hier in den Kindergärten oder zur Schule gehen, soziale Beziehungen entwickelt haben, sollen in ein Land abgeschoben werden, das sie nicht kennen, dessen Sprache sie kaum sprechen und in dem elende Lebensbedingungen herrschen. Ihre Zukunftsperspektive ist eines der riesigen Lager, in denen ein Großteil der bisher Abgeschobenen ihr Leben fristet. *ssc*



Baltic Bike Tour zum Weltkongress der IPPNW

BERLIN. Zwanzig Medizinstudierende der IPPNW aus aller Welt fahren vom 21.8. bis zum 6.9. auf Fahrrädern die 880 km lange Strecke von Tallinn über St. Petersburg nach Helsinki. Auf ihrem Weg werden sie Pressekonferenzen organisieren, sich mit Vertretern der Organisation „Bürgermeister für den Frieden“ treffen und sich durch öffentliche Demonstrationen für eine Demilitarisierung der Ostsee engagieren. Zielpunkt der Tour wird der internationale Weltkongress der IPPNW in Helsinki vom 7. bis 10.9.06 sein. Die Informationstour sieht sich nicht als isolierte Veranstaltung, sondern als Teil einer global angelegten Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen. Mehr dazu auf der speziell für diese Tour angelegte Website www.ippnw-students.org/baltic. www.ippnw.de

Einzigartiger Beleg für NS-„Euthanasie“-Verbrechen

HADAMAR. In einer Gedenkveranstaltung, die an den Beginn des II. Weltkrieges vor 67 Jahren erinnerte, ist am 1.9. auch der Wiederaufbau der ehemaligen „T4“-Busgarage in der Gedenkstätte Hadamar gewürdigt worden. Der Landeswohlfahrtsverband Hessen, der das Gedenken an die etwa 15.000 Opfer der „Euthanasie“-Morde des NS-Regimes in der damaligen nassauischen Tötungsanstalt wach halten will, konnte die einzige noch erhaltene Busgarage vor dem endgültigen Verfall retten. In ähnlich hölzernen Busgaragen waren nach Informationen des LWV Hessen während der ersten Mordphase im Jahr 1941 in den insgesamt sechs „Euthanasie“-Tötungsanstalten die berüchtigten grauen Busse der „Gemeinnützigen Krankentransport-GmbH“ (Gekrat) stationiert. Die Garage in Hadamar konnte drei dieser Busse aufnehmen, mit denen Patientinnen und Patienten

aus den sogenannten Zwischenanstalten abgeholt und nach Hadamar gebracht wurden. Die Patienten durften die Busse nur im Innern des abgeschlossenen Gebäudes verlassen, damit sie vor fremden Blicken abgeschirmt waren und keine Gelegenheit zur Flucht hatten. Ins Hauptgebäude führte ein Schleusengang. Nur wenige Stunden nach der Ankunft wurden die Menschen auf grausame Weise in der Gaskammer ermordet. Die „T4-Aktion“, benannt nach dem Sitz der Verwaltungszentrale der Gasmordaktion in der Berliner Tiergartenstraße 4, war der erste vom NS-Regime organisierte Massenmord, dem zwischen 1940 und 1941 rund 70.000 Menschen zum Opfer fielen, davon über 10.000 in der Tötungsanstalt Hadamar. Der 1. September ist nicht allein der Tag der Wiederkehr des Kriegsbeginns: Hitler datierte seine Ermächtigung zum „T4“-Krankenmord auf diesen Termin. www.kobinet-nachrichten.org

Wunsiedels Schulen zeigen Courage

WUNSIEDEL. Jedes Jahr im August gerät Wunsiedel bundesweit in die Schlagzeilen. Immer dann, wenn Neonazis in der Stadt in Oberfranken aufmarschieren, um Rudolf Heß, einstiger Stellvertreter Adolf Hitlers, zu gedenken. Das wollen die SchülerInnen in der Stadt nicht mehr widerspruchslos hinnehmen und haben sich zu einer ungewöhnlichen Aktion verabredet. Alle Schulen der Stadt bewerben sich derzeit um den Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ und sammeln die dazu nötigen Unterschriften an ihrer Schule. Die SchülerInnen wollen auf diese Weise nicht nur alljährlich im August gegen Rechtsextremismus und Gewalt demonstrieren, sondern sich auf Dauer für Demokratie und Menschenrechte einsetzen. Wunsiedel könnte damit schon bald die erste Stadt Deutschlands sein, in der alle Schulen dem Netzwerk von SOR-SMC angehören. www.schule-ohne-rassismus.org

Göttinger „Bündnis gegen rechts“ formiert sich

GÖTTINGEN. Auf Einladung des DGB nahmen weitere 33 Organisationen und Verbände an den ersten beiden Treffen teil. Die Bündnispartner werden wieder gemeinsam zu einer Protestdemonstration gegen den geplanten Aufmarsch von Dammann und anderen Nazis im Oktober aufrufen. Diese hatten zunächst angekündigt, an drei Samstagen in der Innenstadt aufmarschieren zu wollen. Das Bündnis konzentriert sich auf den 28.10. als voraussichtliches Aktions- und Demonstrationsdatum. Unter die verabschiedete gemeinsame Resolution werden jetzt Unterschriften unterstützender Organisationen gesammelt. Bis Anfang Oktober will das Bündnis Geschäftsleute in der Innenstadt, Kultureinrichtungen wie die Theater, Kinos und andere in der Öffentlichkeit wirkende Einrichtungen auf eine aktive Mitarbeit ansprechen, damit der Protest noch breiter und noch vielfältiger wird als am 13. Mai schon sichtbar. Eine Demonstration mit Kundgebung „Göttingen zeigt Gesicht – gegen Nazis“ wurde bereits angemeldet. www.dgb-suedniedersachsen-harz.de

Flüchtlingsrat Niedersachsen fordert Abschiebungsstopp

HILDESHEIM. Der Flüchtlingsrat Niedersachsen hat in einem offenen Brief vom 17. August Niedersachsens Innenminister Schünemann aufgefordert, für langjährig geduldete Flüchtlinge in Niedersachsen ein Abschiebestopp zu erlassen, bis über eine endgültige Bleiberechtsregelung für diese Menschen entschieden ist. Anlass für diesen Appell stellt die drohende Abschiebung von Hunderten langjährig geduldeten Flüchtlingen in den nächsten Wochen dar. Über Parteigrenzen hinweg befürwortet eine breite Mehrheit in Politik und Gesellschaft inzwischen eine Bleiberechtsregelung für langjährig Geduldete, und auch die

MANNHEIM. Am 26.8. demonstrierten kurdische Menschen überall in Deutschland „gegen die Repression und Kriminalisierung der Kurden“ durch den deutschen Staat – auch in Mannheim (*Bild*) mit ca. 150 Teilnehmern. Der Protest richtete sich einerseits gegen die kürzliche Verhaftung zweier kurdischer Politiker, andererseits gegen die alltägliche Diskriminierung kurdischer Menschen durch die deutschen Behörden. Die Methoden sind z.B.: ständige Bespitzelung durch Verfassungsschutz und Staatsschutz – keine Gewährung der deutschen Staatsbürgerschaft, wenn Kontakte zu kurdischen Vereinen bestehen – nachträgliche Aberkennung des Flüchtlingsstatus – Widerruf der Aufenthaltsgenehmigung – Ausweisungen – wiederholte Hausdurchsuchungen. Der größte kurdische Verein in Mannheim, das „Kurdische Kulturzentrum“, und die vielen Menschen, die diesem Verein nahe stehen, können über diese repressiven Maßnahmen mehr als ein Lied singen. Die tendenziöse Berichterstattung über die Anschläge in türkischen Tourismusgebieten tragen mit zur negativen Stimmung bei. Obwohl die Nachfolgeor-



ganisationen der PKK jede Verantwortung bestreiten und die Aktionen ablehnen, übernimmt die bundesdeutsche Presse von den türkischen Behörden in die Welt gesetzte Meldungen: „Splittergruppen innerhalb der PKK“, „Täter aus dem Umfeld der PKK“ usw. Über die vielfältigen Friedensbemühungen der kurdischen Seite kann man sich z.B. informieren über die Website der „Informationsstelle Kurdistan“. scr

Innenminister streiten nicht mehr über das Ob, sondern nur noch über das Wie einer solchen Schlussstrichregelung, über die voraussichtlich die nächste Innenministerkonferenz im November entscheiden wird. Von dieser Regelung könnten rund 15.000 in Niedersachsen geduldete Flüchtlinge profitieren. Sie leben bereits seit etlichen Jahren in Deutschland und sind hier bestens integriert. Die Kinder und Jugendlichen sind zumeist hier geboren oder seit frühester Kindheit aufgewachsen. Der Flüchtlingsrat befürchtet, dass noch vor dem Beschluss einer Bleiberechtsregelung zahlreiche Flüchtlinge, die unter die Regelung fallen würden, zuvor abgeschoben werden. *Nds. Flüchtlingsrat*

30. August: Gedenktag für die Todesopfer in Abschiebungshaft

DARMSTADT. Anlässlich des Gedenktags für die Todesopfer in Abschiebungshaft am 30. August fordern Interkultureller Rat und PRO ASYL die große Koalition auf, ihre Pläne zur weiteren Verschärfung der Abschiebungshaft aufzugeben. Auf europäischer und nationaler Ebene versuche die Bundesregierung zur Zeit, die inhumane Praxis des Abschiebungsvollzugs in Deutschland festzuschreiben und durch die Schaffung neuer Haftgründe noch zu verschärfen. Nach Angaben der Antirassistischen Initiative Berlin haben sich in den Jahren 1993 bis 2005 insgesamt 49 Menschen in Abschiebungshaft das Leben genommen, fast 400 weitere einen Selbstmordversuch unternommen oder sich selbst in der Abschiebungshaft verletzt. PRO ASYL und der Interkulturelle Rat lehnen die Inhaftierung von Menschen ausschließlich zur Sicherung der vorgesehenen Abschiebung deshalb grundsätzlich ab. www.interkultureller-rat.de

Keine Ausreden mehr

DÜSSELDORF. Unter der Devise „Keine Ausreden mehr!“ startete das Eine-

Welt-Netz-NRW beim NRW-Fest am 26.8.06 eine Kampagne für die Umsetzung der UNO-Millenniumsziele. Alle UNO-Staaten haben sich verpflichtet, die weltweite Armut bis zum Jahre 2015 zu halbieren. Doch die Umsetzung dieses ehrgeizigen Zieles droht zu scheitern. In Afrika steigt die Zahl der Menschen, die von weniger als einem Dollar täglich überleben müssen. Die reichen Länder sind weit von ihren Versprechungen entfernt. Deutschland hinkt ebenfalls weit hinter den gesteckten Zielen her. Die Landesregierung hat die Zuschüsse für die lokale Eine-Welt-Arbeit um 80% gekürzt. Die FDP verlangt die Unterstützung vollständig einzustellen. Ihr Fraktionschef Papke bezeichnet sie als „Irrsinnprojekt“. www.bewegungsecho.de

Landwirtschaftsministerium zensiert Berliner Bio-Einkaufsführer

BERLIN 24.8.06. Der neue Bio-Einkaufsführer für Berlin-Brandenburg musste ohne eine Anzeige der Initiative „Save our Seeds“ zur Reinhaltung des Saatguts von Gentechnik erscheinen. „Save our Seeds ersatzlos streichen“, lautete die lapidare Anweisung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) an den Herausgeber, die „Fördergemeinschaft Ökologischer Landbau Berlin und Brandenburg“ (FÖL). Das Ministerium ko-finanziert die Informationsbroschüre, von der 700.000 Exemplare verteilt werden, und machte die Druckfreigabe von der Zensur abhängig. Bisher müssen nach EU-Recht jeg-



liche gentechnischen Verunreinigungen von Saatgut gekennzeichnet werden. „Save our Seeds“ setzt sich dafür ein, dass dies so bleibt und wird dabei von über 200.000 Menschen und 300

Organisationen in ganz Europa unterstützt. www.saveourseeds.org

Landwirte im Staatsschutz-Visier

MÜNCHEN. 23.8. Wegen eines Mini-Protestes gegen die „Grüne Gentechnik“ ermittelt der Staatsschutz gegen Landwirte – und mehr als zwei Monate nach dem Vorfall sind mehrere Ermittlungsverfahren noch nicht eingestellt. Es war eine ganz kleine Spontan-Kundgebung, zu der sich einige Bauern am Rande einer CSU-Veranstaltung des Kreisverbands Ebersberg am 29. Mai entschlossen. Sie hielten Transparente etwa mit der Aufschrift „Wir wollen keine Gentechnik. Papst Benedikt steht hinter uns“ in die Höhe und diskutierten mit Teilnehmern der CSU-Veranstaltung. www.keine-gentechnik.de

Bundesweiter Gebührenboykott

BOCHUM. Während des Summercamps an der Freien Uni Bochum vom 25. bis 27.8. fand das erste bundesweite Treffen zur Planung und Durchführung des Gebührenboykotts statt. Anwesend waren ebenso Vertreter des Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) und des freien Zusammenschlusses der studentInnenenschaften (fzs). Weiterhin wurde besprochen, im Vorfeld verstärkt auch um die Unterstützung anderer gesellschaftlicher Gruppen, wie Schülervertretungen und Gewerkschaften zu bitten, da die Hochschulen gegen eine solche konzentrierte Aktion massiv Druck ausüben werden. Neben einer Mobilisierungsphase von Oktober bis Dezember soll die heiße Phase von Januar bis März laufen. Neben der gemeinsamen Planung bereiteten die Teilnehmer eine Grundsatzerklärung vor und beschlossen, eine Boykott-Zeitung herauszugeben, die gemeinsam mit der ABS-Massenzeitung zu Beginn des Wintersemesters erscheinen wird. Außerdem wurde eine bundesweite Plakatkampagne entworfen. www.abs-bund.de

„Ein Recht auf Bildung und Lernmittel – auch für

KÖLN. Kinder von Sozialgeldempfängern sind in Nordrhein-Westfalen vom Eigenanteil an Schulbüchern befreit. Eine Übergangsregelung stellte das zunächst auch für diejenigen sicher, deren Eltern aus der Sozialhilfe in das Arbeitslosengeld II fielen. Entgegen vollmundiger Wahlversprechungen hat Jürgen Rüttgers, Chef der schwarz-gelben Landesregierung in Nordrhein-Westfalen, nun die Landeszuschüsse gestrichen und den Schwarzen Peter den notorisch unterfinanzierten Kommunen zugespielt. Sie müssen jetzt selbst entscheiden, ob Kinder von Arbeitslosen vom Eigenanteil befreit sind – und dürfen diesen dann auch zahlen.

Bisher konnten sich nordrhein-westfälische Städte kaum dazu durchringen: Bochum ist eine Ausnahme. In einem Ratsantrag forderte die Fraktion Die Linke.Köln das auch für Köln – rechtzeitig vor den Schulferien. Die Fraktionen von SPD, Grüne und sogar von CDU hielten das Anliegen der Linken für so wichtig, dass sie dem Antrag spontan zustimmten – allerdings mit der Maßgabe, ihn im Zusammenhang mit der kommenden Haushaltsplanung zu behandeln. Immerhin.

Die Ferien kamen und damit auch die Ratsferien. Die Verwaltung aber blieb in dieser Zeit nicht untätig. Sie nahm den Antrag als Auftrag der Politik ernst und

STADT FEHLEN 500 000 EURO

Keine Schulbücher für Hartz-IV-Kinder?



Köln – Wird die Stadt für die Kinder von Hartz-IV-Empfängern die Schulbücher bezahlen oder nicht? Mit Hochdruck überlegten gestern Schuldezernent Guido Kahlen und OB Schramma, wie sie helfen können.

Würde gerne helfen, hat aber kein Geld: OB Fritz Schramma

... rund 500 000 Euro locker machen. Nur: Auch sie haben kein Geld. Und zusätzliche Schulden können sie auch nicht machen, das verbietet die Bezirksregierung.

Falls sich doch noch Einsparmöglichkeiten ergeben, könnte der Rat in einer Dringlichkeitsentscheidung am 29. August über die Freigabe der Mittel entscheiden. Darauf

hofft Jörg Detjen von der PDS, der den Antrag stellte, die Schulbücher zu bezahlen: „Die Kinder doppelt zu bestrafen, weil sie sich noch nicht einmal notwendige Schulbücher leisten können, wäre menschenverachtend. Hier tut die Stadt gut daran, von sich aus Chancengleichheit herzustellen, wenn das Land sich drückt.“



Sie hat Bücher, mit denen sie lernen kann

tax

prüfte und prüfte. Das Ergebnis, so konnte man in der Zeitung nach den Sommerferien lesen, sollte eine Dringlichkeitsentscheidung sein, die Oberbürgermeister Fritz Schramma persönlich in die Ratssitzung am 29. August einbringen wollte. Der Oberbürgermeister als Speerspitze der Linken? Es wird wohl mehr der Druck der Schulen und Eltern sein, der den Oberbürgermeister dazu bewogen hat, sich um die Umsetzung des mit großer Mehrheit vom Rat beschlossenen Antrags der

Fraktion Die Linke.Köln zu kümmern. Nachdem die Presse diese Nachricht begeistert aufgegriffen hatte, gab es wohl leichte Irritationen beim Oberbürgermeister. Zweifelte seine Rechte an dem, was seine Linke eigentlich wollte? Schnell griffen SPD und Grüne im Schulausschuss zur Feder und teilten just vor Beginn der Sitzung am 14. August einen Antrag aus: „Schulbücher für alle Kinder in Köln“. Die Verwaltung wird darin aufgefordert, „gemeinsam mit den Schulen kurzfristig zu prüfen,

... die im Dunkeln sieht man nicht

Hamburg boomt – Wohnungsnot wächst

HAMBURG. Dem Diakonischen Werk kommt das Verdienst zu, auf die Wohnungsnot einer wachsenden Bevölkerungsgruppe aufmerksam gemacht zu haben.

Angesichts der Bevölkerungsentwicklung und der Zunahme der Haushalte fehlen in Hamburg Wohnungen. Rechnet man den Ersatz für Wohnungsabgang hinzu, ergibt sich bis 2020 ein Bedarf an mindestens 100.000 neuen Wohnungen, das sind jährlich 5.600. Der Mieterverein geht sogar kurzfristig von einem Bedarf an jährlich 9000 Wohnungen aus. In den letzten Jahren wurden jedoch weniger als 3000 bis 4000 Wohnungen jährlich fertig gestellt, davon nur zum Teil Mietwohnungen. Der unzureichende Wohnungsneubau ist einer der Faktoren, der die Wohnungsnot anheizt und die Mieten nach oben treibt.

Für Menschen mit unterdurchschnittlichem Einkommen wird die Wohnsituation zunehmend problematisch. Marc Meyer von „Mieter helfen Mietern“ weist darauf hin¹, dass der Anteil an preisgünstigen Wohnungen am gesamten Wohnungsbestand der Hansestadt binnen zwei Jahren bei Nettokaltmieten unter 5 Euro um 20%, bei Mieten unter 6 Euro um ca. 12% gesunken ist. Gab es in Hamburg in den 70er Jahren noch 400.000 Sozialwohnungen – das waren über 50% aller damaligen Wohnungen –, waren es im letzten Jahr gerade noch 130.365 oder 14,9% an allen Wohnungen. Von diesen gut 130.000 Sozialwohnungen fällt jede vierte bis 2010 aus der Sozialbindung, in besonders armen Vierteln wie Veddel sogar bis zu 40%. Angesichts dessen nimmt sich die jetzt verkündete „Wohnungsbauoffensive“,

die der Senat zusammen mit dem Verband Norddeutscher Wohnungsbauunternehmen (VNW) und dem Landesverband freier Immobilien und Wohnungsunternehmen gestartet hat, mehr als nur bescheiden aus. Danach sollen 2006/2007 2000 Wohnungen zu günstigen Konditionen insbesondere für junge Familien bereitgestellt werden. Der Vertreter der VNW kündigte an, dass in diesem Zusammenhang 800 Wohnungen überwiegend in genossenschaftlichem Eigentum gebaut werden sollen, deren Nettokaltmieten aufgrund der öffentlichen Förderung im Bereich von 7,50 bis 8,50 Euro liegen sollen. Dagegen ist wenig einzuwenden. Nur: Die Wohnungsnot der zahlreichen Haushalte, die auch solche Mieten nicht zahlen können, mindert das nicht, weil der Senat praktisch nichts unternimmt, um

¹ Marc Meyer, Sozial Benachteiligte auf dem Hamburger Wohnungsmarkt, in: Diakonisches Werk Hamburg, Mehr als ein Dach über dem Kopf, Wohnungspolitische Eckpunkte, 2006. Die informative Broschüre kann bestellt werden bei: Diakonisches Werk, Fachbereich Migration und Existenzsicherung, Königstr. 54, 22767 HH, oder von der Homepage heruntergeladen werden: www.diakoniehamburg.de – Menüpunkt Publikation

Arbeitslose“

wie sichergestellt werden kann, ...“ Mit allen Schulen?? Das war sogar der CDU zu viel. Sie wollte nicht prüfen, sondern „sicherstellen“, und zwar „kurzfristig“. Vergeblich versuchte der Stadtdirektor Guido Kahlen zu vermitteln. SPD und Grüne blieben bei ihrem Prüfantrag. Mit Mehrheit.

Und wenn sie nicht gestorben ist, die Verwaltung – und Verwaltungen sterben nie – dann prüft sie noch immer.

Nachtrag:

Märchen gehen bekanntlich gut aus. Tapfere Ritter aus der Verwaltung befreiten die Prüfer aus der undurchdringlichen Dornenhecke der Prüfaufträge und sorgten für eine Dringlichkeitsentscheidung. Der Beschluss: Für alle Schülerinnen und Schüler, die zum Personenkreis der Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem SGB II, SGB VIII und AsylbLG gehören, werden für das Schuljahr 2006/07 Schulbücher zur Verfügung gestellt. Für sie werden Lernmittelkosten bis zu 200.000 Euro berücksichtigt. Ein Wehmutstropfen: Diejenigen Empfänger von ALG II u. a., die ihre Bücher bereits gezahlt haben, erhalten ihr Geld nicht zurück.

Michael Kellner

Aus: Platzjabbeck Nr. 5, August 2006, Zeitschrift der Fraktion Die Linke Köln im Rat



In den armen Stadtteilen sind die Wohnungen meist zu eng, schlecht ausgestattet, überbelegt und deshalb oft verwohnt; viele Wohnungen wurden in den ersten Jahren und Jahrzehnten nach 1945 gebaut, ihre Substanz ist inzwischen oft schlecht.

die genannten Verluste an preiswertem Wohnraum auch nur annähernd zu kompensieren. Hier müsste eine vom Leitbild der Solidarität getragene Wohnungspolitik ansetzen, für die die vom Diakonischen Werk formulierte Kritik einen Anstoß gibt.

scc

Kino-Clip: Keine Zwangsumzüge nach Hartz IV

BERLIN. Mit einem Kinoclip will die Kampagne gegen Zwangsumzüge betroffenen ALG II-EmpfängerInnen Mut machen und Solidarität organisieren. Wer vom Jobcenter zum Auszug aus seiner Wohnung gezwungen wird, kann sich in Berlin an die kostenlose Notruftelefonnummer 0800/2727278 wenden.

Mit dem Trailer, der seit August in Ber-

liner Kinos zu sehen ist, soll zum einen die Notruftelefonnummer bekannt gemacht werden, zum anderen geht es den MacherInnen um die Andeutung solidarischer Gegenwehr.

„Jeder Zwangsumzug ist ein sozialpolitischer Skandal. Die Verdrängung aus der eigenen Wohnung ist der Gipfel der Hartz IV-Zumutungen. Die Demütigungen von Betroffenen müssen ein Ende haben“, so eine Sprecherin des Bündnisses.

www.gegen-zwangsumzuege.de/

Nach DGB-Beschluss für eine Dachkampagne gegen die unsoziale Politik

Sozialproteste beginnen Mobilisierung für Großdemonstrationen am 21. Oktober 2006

Am Samstag, 19. August, fand das bundesweite Treffen des Aktionsbündnis Sozialproteste (ABSP) in Braunschweig statt. Edgar Schu von dem Vernetzungsbüro des ABSP erklärt: „Der Beschluss des DGB-Bundesvorstandes für eine Dachkampagne gegen die unsoziale Politik der Bundesregierung beendet endlich die Abwartehaltung der Gewerkschaften. Gesellschaftliche Alternativen zu Hartz IV und der Umverteilungspolitik zugunsten der transnationalen Unternehmen und den Einkommensmillionären gibt es. Ohne eine breite Mobilisierung der Gesellschaft werden wir die gewollte Demontage der sozialen Sicherungssysteme in dieser Bundesrepublik nicht stoppen, geschweige denn mehr gesellschaftliche Solidarität durchsetzen.“ Ohne gesetzlich fixierte Mindestlöhne und eine armutsfeste und repressionsfreie Grundversicherung stünden sie vor der Perspektive einer Altersarmut.

Diese Republik brauche den Ausbau des solidarischen Gesundheits- und Bildungswesen und nicht deren Umwandlung in neue Märkte.

Der neue „Maßnahmenstaat“ schränkt in erschreckender Weise Grundrechte von Bürgern ohne Erwerbsarbeit ein. Die Bundesagentur für Arbeit entwirft gerade eine „Erreichbarkeitsanordnung“, welche die alte rechtliche Regelung des täglichen Blicks in den Briefkasten außer Kraft setzen soll. In einem neuen Merkblatt der Bundesagentur für Arbeit wird von Erwerbslosen verlangt, dass sie an Werktagen sowohl persönlich als auch postalisch erreichbar sein müssen. Sollte jemand sich an einem anderen Ort aufgehalten haben, ohne dass er die Anschrift weiter gegeben hat, muss er mit bis zu 100%igen Leistungskürzungen rechnen, „unter Umständen auch für die Vergangenheit“. Werden Erwerbslose Weiterbildungen in Wuppertal für unabhängige ALG II-Beratung von der Agentur genehmigt bekommen?

Die Agenturen schaffen sich neue Repressionsgründe, um über Sanktionen indirekt die Kosten der sozialen Grundversicherung zu senken. Mit der „Residenzpflicht“ wurde die Bewegungsfreiheit der AsylbewerberInnen in der Bundesrepublik eingeschränkt. Das gleiche Instrumentarium der Einschränkung sozialer und freiheitlicher Rechte wird jetzt auf die Bevölkerungsgruppe der Erwerbslosen und der Menschen mit einer ergänzenden Grundversicherung übertragen.

Die Agenturen für Arbeit werden damit rechnen müssen, dass diese Einschränkung von Grundrechten durch die Menschen, welche die Wirtschaft zu „Überflüssigen“ erklärt hat, so nicht hingenommen wird.

Deshalb wird es in der Woche vor den Demonstrationen am 21.10.06 eine Vielzahl von widerständigen Aktionen der Sozialproteste geben.

Am 7. September wird es ein Gespräch von verschiedenen VertreterInnen und Gruppen aus den bundesweiten Sozialprotesten mit VertreterInnen des DGB-Bundesvorstandes geben, bei dem die verschiedenen Kampagnen aufeinander abgestimmt werden und über die Möglichkeiten einer übergreifenden Mobilisierung bis in das nächste Frühjahr hinein diskutiert wird.

Auch zu dem „Sternmarsch“ der MLPD-nahen bundesweiten Montagsdemonstration am 16.9. in Berlin wurde bei dem bundesweiten Treffen des ABSP eine Position gefunden:

Das ABSP wird als bundesweites Netzwerk nicht dazu aufrufen. Je nach Beschlusslage werden dennoch einzelne lokale Initiativen und regionale Zusammenschlüsse am 16.9. in Berlin präsent sein.

In den einzelnen Regionen beginnen die AktivistInnen des bundesweiten Netzwerkes nun mit dem Erstellen von Mitfahrlisten für die Großdemonstrationen am 21. Oktober.

www.die-soziale-bewegung.de

Privatisierungs-Option führt zu Gebührenerhöhung: DÜSSELDORF. Die Abwassergebühren könnten drastisch steigen, wenn das Land NRW seine Pläne für die bevorstehende Novelle des Landeswassergesetzes umsetzt. Darauf hat der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes NRW, Dr. Bernd Jürgen Schneider, in Düsseldorf anlässlich einer Anhörung hingewiesen, die das Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz unter Beteiligung des Umweltausschusses des Landtages veranstaltet hat. Bisher ist die Abwasserbeseitigung in kommunaler Regie von der Umsatzsteuer befreit – ein Umstand, den auch die Große Koalition in Berlin laut Koalitionsvertrag beibehalten will. „Wenn im kommenden Jahr die Umsatzsteuer von 16 Prozent auf 19 Prozent erhöht wird, steigen im schlimmsten Fall auch die Abwassergebühren in diesem Umfang, sofern die Abwasserbeseitigung nicht in kommunaler Verantwortung bleibt“, betonte Schneider. Wenn die Bürgerinnen und Bürger nicht mit diesen Steuern belastet werden sollten, dürfe das Land diesen Wettbewerb erst gar nicht eröffnen. Es bestehe auch gar kein Anlass zur Privatisierung, Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen hätten in der Vergangenheit erstklassige Arbeit auf dem Gebiet der Abwasserbeseitigung geleistet und würden dies auch in Zukunft tun. Auch von einem Sanierungs- oder Investitionsstau im kommunalen Kanalnetz könne keine Rede sein. Die Privatisierungsoption, so Schneider, schaffe zusätzliche rechtliche und praktische Probleme. Denn die Kommunen müssten letztlich als Ausfallbürge für den Privatunternehmer einstehen. In diesem Zusammenhang verwies Schneider auf die Erfahrungen anderer Bundesländer. Sachsen und Baden-Württemberg favorisierten eine Privatisierungsmöglichkeit, suchten aber seit fast zehn Jahren nach einer Lösung für die Folgeprobleme.

www.kommunen-in-nrw.de

Umzugswelle gebremst: BOCHUM. Angesichts der drohenden persönlichen Dramen hatte die Linke.PDS-Fraktion vor der Sommerpause das Thema Zwangsumzüge auf die Tagesordnung des Sozialausschusses gesetzt: „1400 Haushalte hatten bis Mitte Januar eine Aufforderung zu Kostensenkung erhalten. Entsprechender ‚angemessener‘ Wohnraum steht in Bochum aber offensichtlich nicht in ausreichendem Maß zur Verfügung. Wir haben daher 3 Anträge an den Sozialausschuss gestellt: Menschen, die nachgewiesenermaßen innerhalb der Halbjahresfrist keine ‚angemessene‘ Wohnung finden konnten, wird ein Aufschub von 6 Mo-

naten gewährt. Die Richtgröße zur Bemessung der Angemessenheit sollte um 5 qm erhöht werden. Und schließlich haben wir einen Beratungsgutschein für diejenigen, die eine Aufforderung zur Kostensenkung erhalten, für den Mieterverein gefordert. Obwohl unsere Anträge seit über 6 Wochen vorlagen, sahen die anderen Parteien offensichtlich keinen Handlungsbedarf. SPD und Grüne legten erst zur Sitzung einen Änderungsantrag vor. Darin waren Forderungen enthalten, die wir bereits im Herbst letzten Jahres (im Falle des erzwungen Umzugs z.B. die Übernahme doppelter Mietzahlungen) gestellt hatten, die damals aber allesamt ohne Diskussion abgelehnt wurden. Jetzt haben sie diese Forderungen in ihre Änderungsanträge übernommen. Die Toleranzschwelle wurde von 40 auf 50 Euro erhöht. Das heißt: Liegt die Miete nicht mehr als 50 Euro über der Angemessenheitsgrenze, erfolgt keine Aufforderung zur Kostensenkung.“ Der Bedarf an einem von der ARGE unabhängigen Beratungsangebot wurde allgemein anerkannt. Das breite Bündnis gegen Zwangsumzüge und das große Medieninteresse haben mit dazu beigetragen, dass sich die anderen Parteien genötigt sahen, Kompromisse einzugehen. *Die Linke.PDS-Bochum*

MVV-Konzern will Stadtwerke zerstückeln: KIEL. Von einigen Stadtvertretern war Anfang des Jahres der weitere Verkauf von Anteilen der Stadt Kiel an den Mannheimer Energieversorger (MMV) erwogen worden. Damit sollten die wachsenden Haushaltsdefizite abgemildert werden. Ganz anders sieht das allerdings das Bündnis Kielwasser (die Kieler Attac-Arbeitsgruppe). Auch von Kollegen der Stadtwerke, von Betriebsratsmitgliedern und von ver.di hört man Protest. Es ist seit längerem bekannt, dass der MVV-Konzern den Kieler Betrieb ausschachten möchte. Die bisher unter einem Dach fungierenden Aufgaben- und Geschäftsfelder sollen in den bundesweiten MVV-Konzern in Form von neuen GmbHs ausgliedert bzw. ausgegründet werden. Dadurch können dann Tätigkeitsbereiche in andere Orte ausgelagert werden, mit dem Ziel des Arbeitsplatzabbaus. Bisherige Aufgaben der Stadtwerke in Erzeugung, Netz, Service, Abrechnung und Handel will der Konzern in andere Stützpunkte des Konzerns verlagern. Die bisher unter einem Dach fungierenden Aufgaben- und Geschäftsfelder sollen in den bundesweiten MVV-Konzern in Form von neuen GmbHs ausgliedert bzw. ausgegründet werden. Dadurch können dann Tätigkeitsbereiche in andere Orte ausgelagert werden, mit dem Ziel des Arbeitsplatzabbaus. Bisherige Aufgaben der Stadtwerke in

Erzeugung, Netz, Service, Abrechnung und Handel will der Konzern in andere Stützpunkte des Konzerns verlagern. *Auszug aus: Linx, Sozialistische Zeitung für Kiel*

Linkspartei und WASG fechten Magistratswahlen an. MAINTAL/HESSEN. Der Stadtverordnete Klaus Seibert aus Maintal (Wahlalternative Maintal – Soziale Gerechtigkeit, WAM) hat mit Unterstützung der hessischen Landesverbände von WASG und Linkspartei eine Klage beim Verwaltungsgericht Frankfurt eingereicht. Ziel der Klage ist es, die Wahl der ehrenamtlichen Stadträte in Maintal für ungültig erklären zu lassen. Die ehrenamtlichen Stadträte stellen in Hessen zusammen mit den hauptamtlichen Stadträten den Gemeindevorstand bzw. Magistrat, der die Gemeindeverwaltung organisiert. Der Magistrat wird vom Kommunalparlament gewählt. Die Klage hat landesweite Bedeutung, weil auch die Wahlen der ehrenamtlichen Stadträte in anderen hessischen Städten nach demselben Verfahren erfolgt sind: Durch die unzulässige Einreichung eines gemeinsamen Wahlvorschlags von SPD, Grünen und FDP bei der Wahl der ehrenamtlichen Stadträte Maintals wurde die WAM um einen möglichen Sitz im Magistrat der Stadt Maintal gebracht. Es geht bei der Klage nicht in erster Linie um einen Sitz mehr oder weniger im Magistrat einer hessischen Stadt. Vielmehr soll erreicht werden, dass die undemokratische Ausgrenzung und Benachteiligung der linken Fraktionen in den Kommunalparlamenten beendet wird. *Infos: Achim-Kessler@Die-Linke-Hessen.de, ola*

Gemeinsame Plattform von Linkspartei und WASG. FRANKFURT/M. Linkspartei und WASG haben eine neue gemeinsame Vereinigung gegründet, die „den Übergang zur angestrebten bundesweiten neuen Linkspartei in Frankfurt gestalten soll“. Eine Voraussetzung für diesen Schritt war die erfolgreiche gemeinsame Kandidatur als Wählervereinigung DIE LINKE.WASG zu den Kommunalwahlen im März. Die Frankfurter Mitglieder von Linkspartei und WASG gehören automatisch der Vereinigung an, soweit nicht widersprochen wurde. Außerdem können auch parteilose Linke beitreten. Die politische Grundlage stellt das gemeinsame Kommunalwahlprogramm dar. In der Präambel, heißt es u.a., dass „eine Vernetzung mit den sozialen Bewegungen, politischen und kulturellen Initiativen und NGOs in der Stadt angestrebt“ wird.

*www.frankfurter-linke.net, ola
Zusammenstellung: ulj*

Versicherungen wollen 20.000 Stellen abbauen

Vor zwei Monaten sind die Pläne der Allianz-Vorstände bekannt geworden, wie sie den Konzern umbauen wollen: Aufgaben sollen zentralisiert, zahlreiche Standorte geschlossen und ca. 6.000 Beschäftigte auf die Straße gesetzt werden – und das bei 4,4 Milliarden Gewinn im Jahr 2005 und erwarteten 6 Milliarden (!) Euro Nettogewinn in diesem Jahr. Zusätzlich müssen Tausende Beschäftigte in der Republik umziehen: Von Köln nach Hamburg, von Hamburg nach Leipzig usw. Behauptet wurde, diese Maßnahmen seien nötig, um den Verlust weiterer Marktanteile zu verhindern. Das ist eine dreiste Lüge: Von 14,4 % im Jahr 2001 hat die Allianz ihren Anteil am bundesdeutschen Versicherungsgeschäft auf 16,3 % in 2005 gesteigert. Die Gründe für die massiven Angriffe des Allianz-Vorstandes auf die Beschäftigten sind andere.

Die angekündigten Schritte sind die sichtbare Spitze einer Entwicklung, die inzwischen viele bundesdeutsche und europäische Versicherungskonzerne planen bzw. schon vollziehen. Hintergrund ist einmal die finanzielle Erholung der Konzerne, nachdem sie im Börsencrash 1999/2000 viel Geld verloren hatten. Inzwischen sind die Kriegskassen wieder gut gefüllt, mit denen sie die aktuellen Umbaumaßnahmen und weitere Übernahmen in großem Stil bezahlen können. Nicht zuletzt dienen Ankündigung und Durchsetzung von Personalabbau der Steigerung des Börsenwertes der jeweiligen AG.

Auf der Tagesordnung steht der Aufbau von Finanz-Konzernen, die im Weltmaßstab ganz oben mitspielen. Seit den 90er Jahren hat es bereits zahlreiche Neuordnungen, Kooperationen, Übernahmen und Fusionen gegeben: Z.B. die Gründung des ERGO-Konzerns durch die Münchner Rück, bei der die Versicherungen Hamburg-Mannheimer, Victoria, DKKV-Kranken und DAS-Rechtsschutz zusammengelegt wurden, das Zusammengehen von Signal- und Iduna-Versicherung in einem Gleichordnungskonzern, die Übernahmen von Colonia- und Albingia-Versicherung durch die französische AXA oder die Übernahmen von Aachen-Münchner sowie der Volksfürsorge durch die italienische Generali. Bei diesen Aktionen sind schon zahlreiche Arbeitsplätze vernichtet worden – wenn auch nicht in dem Umfang, der jetzt geplant ist. So wurden z.B. die jeweiligen Datenverarbeitungs- oder Vermögensverwaltungen zusammengelegt und in eigene Gesellschaften ausgelagert.

Die Strukturen der fusionierten oder übernommenen Versicherungsgesellschaften selbst blieben dagegen oftmals weitgehend erhalten. U.a. deshalb ist die Gesamtzahl der bundesweit in den Versicherungen im Innendienst Beschäftigten in den vergangenen Jahren nur relativ langsam auf gut 200.000 zurückgegangen.

Jetzt planen neben der Allianz auch der Talanx-Konzern, die Axa – mit der Übernahme des Gerling –, die Generali und andere, ihre Konzerne komplett neu durchzuorganisieren. Die Verwaltungen der jeweiligen Tochtergesellschaften sollen zusammengelegt und ‚gestrafft‘ werden. Angeblich sind 70 bis 80 Prozent der Abläufe in Versicherungen standardisierbar, die dann in sogenannten ‚Versicherungsfabriken‘ zentral bearbeitet werden können. Die Konzerne haben allein für die nächsten zwei Jahre einen Personalabbau von mehr als 20 000 Beschäftigten angekündigt. Neben der Allianz mit 5 000 geplanten Entlassungen will die Talanx 1 800 Leute rauswerfen, der ERGO-Konzern ebenfalls 1 800, die Aachen-Münchner mit der Volksfürsorge 1 000, die Swiss Re: 2 000, die Zürich-Gruppe: 1 000, W & W (Württembergische + Wüstenrot): 750 in der Versicherungssparte, DBV Winterthur: 550. Die Reihe ließe sich mühelos fortsetzen.

Nach dem ersten Schock organisieren sich die Beschäftigten zunehmend. Vor allem im Allianz-Konzern haben die Kolleg/innen in den letzten Monaten vielfältige Widerstandsaktionen, Demonstrationen und Warnstreiks durchgeführt. Seit Oktober 2005 haben z.B. die Allianz-Beschäftigten in Hamburg mehrere Demonstrationen mit guter Beteiligung und großer Öffentlichkeitswirkung und auch immer wieder kleinere Aktionen – wie z.B. Mahnwachen – durchgeführt. Aber auch an Orten, in denen Allianz-Beschäftigte sich bisher

kaum an Tarif-Aktionen beteiligt haben, finden inzwischen Streiks für den Erhalt der Arbeitsplätze statt. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad entwickelt sich überall.

Ein kleiner Höhepunkt war der Allianz-Aktionstag am 31. Juli 2006. An 11 Standorten haben über 4.000 Beschäftigte gestreikt oder warngestreikt. Einige Teilnehmer/innen-Zahlen: Stuttgart: 1.000 (Ganztagesstreik), Köln: 1.000 (Halbtagesstreik), Dortmund: 250 (Ganztagesstreik), Hamburg: 400 (Warnstreik) u.v.a. In den Städten, in denen Allianz-Niederlassungen geschlossen werden sollen, werden breite Bündnisse gesucht. Hier sind z.B. Köln und Frankfurt mit dem angekündigten Verlust von jeweils mehr als 1.000 Arbeitsplätzen besonders betroffen.

Im Talanx-Konzern ist vor allem die übernommene Gerling-Versicherung von geplanten Entlassungen betroffen. Hier haben die Beschäftigten u.a. in Wiesbaden am 28. Juli einen ersten Aktionstag durchgeführt. Wie erst vor wenigen Wochen bekannt wurde, soll die Hautverwaltung der Aspecta-Versicherung (Talanx-Konzern) mit 420 Beschäftigten in Hamburg komplett dicht gemacht werden. Hier haben erste Kundgebungen stattgefunden.

Um die Umbaupläne der Konzerne mit ihrer rabiaten Abbaupolitik ernsthaft unter Druck zu setzen, können diese Aktionen nur erste Schritte sein. Die Gewerkschaft ver.di arbeitet an einer Vernetzung der Widerstandsaktionen in den Konzernen wie auch in den Regionen. So findet am 14. September ein Aktionstag aller Hamburger Versicherungsbeschäftigten gegen die Entlassungswelle in den Versicherungen statt. (In Hamburg sollen von z.Z. noch 23.000 Versicherungsbeschäftigten in zwei Jahren über 2.000 entlassen werden.) Eine bundesweite Aktionsplanung ist in Vorbereitung. (res)



Am 31. Juli hat ein bundesweiter Aktionstag mit Warnstreiks in zahlreichen Allianz-Niederlassungen stattgefunden. In Hamburg haben sich über 400 Allianz-Beschäftigte aus Hamburg und Bremen an einem zweistündigen Warnstreik beteiligt. Wegen der Haupturlaubszeit war die Hamburger Allianz damit fast vollständig bestreikt. Weitere Warnstreiks fanden in Köln, Dortmund, Stuttgart, Karlsruhe, Aachen und Ulm statt, an denen sich insgesamt mehrere tausend Beschäftigte beteiligten.

In einem offenen Brief (25.8.) fordert ver.di Thüringen von Landesregierung und Landtagsfraktionen, das Ladenschlussgesetz der jetzigen Form zu erhalten. Es folgen Auszüge:

Erhalt des Ladenschlussgesetzes in der jetzigen Form!

... Die Ladenschlussausweitung wird keine allgemeine, sondern punktuelle Umsatzsteigerung schaffen und damit Arbeitsplätze abbauen, und vor allem Mittel- und Kleinbetriebe werden in zunehmendem Maße in Konkurs gehen. Die wirklichen Probleme des Thüringer Einzelhandels liegen nicht in den Öffnungs- bzw. Schließvorschriften. Durch ein ungezügelter Wachstum an Verkaufsraumfläche, einhergehend mit sinkender Kaufkraft, wurden und werden Probleme verursacht, die oftmals zu Lasten der Beschäftigten ausgetragen werden. Discounter, die fast den gesamten Personalbestand durch geringfügig Beschäftigte lösen und mittlerweile auch voraussetzen, dass sog. „graue Überstunden“ geleistet werden, aber weiter expandieren, verstärken diesen Trend noch. Das führt zu ungehemmter Konkurrenz bei weiter sinkender Kaufkraft. Was werden Ihre gesetzlichen Maßnahmen sein, um so etwas zu verhindern? (...)

Die Verschlechterung der menschlichen Bedingungen haben neben ökonomischen auch negative gesellschaftliche Auswirkungen, die sich leider in den letzten Jahren sehr verstärkt haben. (...) Politik, die den Schutz der Familie, die Förderung des Wohlergehens und der Chancengleichheit von Kindern sowie den Abbau der insbesondere Frauen treffenden Doppelbelastung durch Beruf und Familie wider besseres Wissen und ohne Not ignoriert – Shoppen rund um Uhr ist nicht lebensnotwendig – hat nicht nur ein Glaubwürdigkeitsproblem, sondern muss auch mit Reaktionen der Betroffenen und ihrer Interessenvertretung rechnen. (...)

Immer wieder mit der gleichen Behauptung, nämlich Umsatzsteigerung, wurde 1989, 1996 und 2003 die Ladenöffnung ausgeweitet, doch das Ergebnis sind nicht mehr Arbeitsplätze, sondern

ist massiver Arbeitsplatzabbau. Allein in den letzten 6 Jahren wurden 90.000 Arbeitsplätze im Einzelhandel abgebaut und 713.000 Beschäftigte sogar in die geringfügige Beschäftigung gedrängt.

Neben der Öffnung der Läden an Werktagen rund um die Uhr können dann in Thüringen über die so genannte „Bedarfsgewerbeverordnungen“ nach dem Arbeitszeitgesetz Sonn- und Feiertagsöffnungen unbegrenzt zugelassen werden. Aufgrund konkreter Erfahrungen aus den letzten Jahren wissen wir, dass damit der Prozess der schrittweisen Aushöhlung der Sonn- und Feiertagsruhe massiv beschleunigt würde und kaum noch zu stoppen wäre.

Wir beobachten mit Sorge, wie aufgrund des Drucks von großen Unternehmen und von Einkaufszentren die Sondergenehmigungen, die mit dem Sinn des Ladenschlussgesetzes wenig zu tun haben, zunehmen. Dringend nötig wäre deshalb eine gesetzliche Präzisierung der Ausnahmeregelungen

im Ladenschlussgesetz, um diesem Missbrauch Einhalt zu gebieten.

Noch vor einem Jahr haben alle Parteien und Handelsverbände – auch die Bundesregierung – erklärt, dass sie an der Sonn- und Feiertagsruhe festhalten wollen ... Dass ... ein Jahr nach Verabschiedung des verschlechterten Ladenschlussgesetzes bereits diese Zusagen Makulatur sind, empört uns tief.

Die Freigabe der Ladenöffnungszeiten ist nicht nur eine Beschädigung der Beschäftigten, sie ist auch für die kleinen und mittelständischen Handelsbetriebe ... Vor allem der kleine innerstädtische Handel und damit auch die Handelsvielfalt wäre noch stärker beeinträchtigt und, auch das zeigt bereits die Vergangenheit, vom völligen Aus bedroht. Aber auch viele Tankstellen würden Pleite gehen.

WIE WOLLEN SIE DAS LADENSCHLUSSGESETZ KONKRET REGELN?

- (1) Welche gesetzlichen Regelungen werden geschaffen, die tatsächlich den Umsatz steigern lassen?
- (2) Welche gesetzlichen Maßnahmen werden geschaffen, die verhindern, dass die damit wachsende Konkurrenz dazu führt, dass noch mehr Unternehmen in Konkurs gehen?
- (3) Welche gesetzlichen Maßnahmen werden geschaffen,

die alle Handelsunternehmen verpflichten, tarifliche Regelungen einzuhalten?

- (4) Welche gesetzlichen Maßnahmen werden verhindern, dass die Einzelhandelsbeschäftigten nicht ohne Berücksichtigung ihrer Lage, z.B. Familienbetreuung, in die Nachtarbeit gedrängt werden können?
- (5) Welche gesetzlichen Maßnahmen werden Sie einführen, die Arbeitsplatzabbau und Verdrängung in die geringfügige und Teilzeitbeschäftigung verhindern?

In der Erwartung der Rückmeldung, des konkreten Gesetzentwurfes und Terminvorschlägen zur Anhörung verbleibe ich – mit freundlichen Grüßen, Angelo Lucifero, ver.di Landesbezirksleitung, Thüringen, Jürgen Rieder Fachbereichsleiter 12



GÖTTINGEN. So die Überschrift einer Meldung in der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ vom 25.8.06. In der Meldung wird berichtet, dass Mitarbeiter des Landeskrankenhauses (LKH) Tiefenbrunn Kaufinteressenten der Klinik den Zugang zur Klinik versperrt haben. „Vertreter des Schweizer Klinik Konzerns Ameos, die am 24.8.06 das Landeskrankenhaus Tiefenbrunn bei Göttingen besichtigen wollten, hatte die Belegschaft die Einfahrt versperrt“. „Sie sind hier nicht erwünscht“ und „Adios, Ameos“ riefen die rund 70 Demonstranten. Ein Vertreter des Sozialministeriums ließ daraufhin die Polizei rufen. Nach ergebnislosen Gesprächen mit den Demonstranten verzichtete die Delegation des Klinik Konzerns darauf unter Polizeischutz die Klinik zu begehen.

Der Protest gegen die Privatisierung und den Verkauf der LKHs hat eine lange Geschichte. Unmittelbar nach Regierungsantritt der CDU/FDP im September 2002 wurden erste Pläne laut über Verkaufsabsichten der Landeskrankenhäuser in Niedersachsen. Der Protest der Beschäftigten, unterstützt von ver.di, konnte den Verkauf der LKH in Niedersachsen nicht verhindern, im November 2005 wurde von der Landesregierung der Beschluss gefasst, 8 von 10 LKH zu verkaufen und ein Bieterverfahren eingeleitet.

Der jetzige Protest richtet sich sowohl gegen den Ablauf des Verfahrens als auch konkret gegen Klinik Konzern Ameos. „Im Raum Oldenburg soll der Schweizer Konzern Ameos angeblich 20 Millionen Euro für eine Klinik geboten haben, während der Psychiatrieverband (Bezirksverband Oldenburg, Klinikum Oldenburg, Evangelisches Krankenhaus Oldenburg, Ammerland-Klinik Westerstede) 12 Millionen Euro geboten hat. (lt. NWZ 9.8.06) Wie der Konzern das viele Geld später wieder reinholen will, ist aus anderen Fällen bekannt. Bei der Übernahme des psychiatrischen Krankenhauses Dr.-Heines-Klinik in Bremen durch Ameos im Jahre 2004 wurde den MitarbeiterInnen derart viel zugemutet, dass sie in wochenlange Streiks getreten sind. Und im Februar 2005 traten die Beschäftigten erneut in einen drei Wochen langen Streik gegen die Ungleichbehandlung von bisherigen Beschäftigten und Neueingestellten. Der Versuch von Ameos Streikbrecher aus anderen Kliniken einzusetzen, scheiterte,“ berichtet das „Göttinger Stadtfino“.

Durch den Protest der Beschäftigten in Tiefenbrunn ist das Bieterverfahren in die Öffentlichkeit gerückt.

Das „Göttinger Stadtfino“ informiert weiter: „Zunächst hieß es: ‚Kirchen, Kommunen und freie Träger können

Klinikkonzern Ameos unerwünscht

„Eklat an Landesklinik“

sich am Bieterverfahren beteiligen. Wir sind an Pluralität in der Betreiberlandschaft interessiert und wollen auch die Chancengleichheit unter den Anbietern wahren. Es wird keine Veräußerung zu jedem Preis und um jeden Preis geben.' (Gesundheitsministerin Mechthild Ross-Luttmann, CDU, 26.4.06). Die Abgeordnete Ursula Helmhold erinnerte nun am 10.8.06 die Landesregierung in einer Kleinen Anfrage daran, sie habe stets behauptet, „dass nicht allein der Kaufpreis das entscheidende Verkaufsargument sei, sondern im Auswahlverfahren konzeptionelle Gesichtspunkte stärker gewichtet würden als die finanziellen.“ Solche Sprüche meint die Abgeordnete Helmhold, waren wohl nur Beruhigungsmittel für die Öffentlichkeit, für Beschäftigte und Patienten.

Da die Landesregierung Transparenz, Mitsprache und auch nicht-profitorientierte Auswahlkriterien versprochen hatte, werfen ihr die MitarbeiterInnen von Tiefenbrunn jetzt Wortbruch vor.

Im Bieterkampf um die Klinik Tiefenbrunn wurden gerade diejenigen regional orientierten Kaufinteressenten zurückgestellt, die eher eine Garantie für die wirtschaftliche Zukunft der Mitarbeiter, des Hauses, für den Erhalt des klinisch-therapeutischen Konzepts und für die Wahrung der PatientInnen-Interessen dargestellt hätten. Es ist zur Gewissheit geworden, dass die Landesregierung profitorientierte Klinikkonzerne gegenüber regionalen Anbietern bevorzugt. Die Versprechungen der Landesregierung, sozial- und konzeptorientierte gemeinnützige und womöglich regionale Bieter gerne zu berücksichtigen, wurden nicht eingehalten. Selbst ein Mitglied der Regierungskoalition wie die Vorsitzende des Landessozialausschusses Gesine Meißner (FDP) sieht Klärungsbedarf ebenso wie der CDU-nahe Landrat des Ammerlandes Jörg Bensberg, der ein „fairer Verfahren“ anlässlich des Verkaufs des LKH Wehen beim Ministerpräsidenten anmahnte.

Wegen öffentlicher Kritik am laufenden Verkaufsverfahren selbst seitens der Regierungskoalition wandte sich die Gewerkschaft ver.di am 23.8.06 in einem offenen Brief an Niedersachsens Ministerpräsidenten Christian Wulff.

„Wir fordern den Ministerpräsidenten auf, Ordnung in das Bieterverfahren zu bringen und dem offensichtlichen Chaos ein Ende zu bereiten“, so ver.di-Landesleiter Wolfgang Denia.

„Unsere Befürchtung, dass es der Landesregierung nur um einen maximalen Verkaufserlös und nicht um die psychiatrische Versorgung kranker Menschen geht, hat sich bestätigt. CDU

und FDP machen damit die Psychiatrie in Niedersachsen zur Ware.“

„Die Gewerkschaft ver.di fordert die Landesregierung auf, das Verkaufsverfahren für die acht niedersächsischen Landeskrankenhäuser (LKH) so lange zu stoppen, bis die aufgedeckten Interessenkollisionen ausgeräumt sind.“ Bis zur Aufklärung aller Geschäftsbeziehungen und möglichen Interessenkollisionen zwischen der Beraterfirma PriceWaterhouseCoopers und eventuellen Käufern, wie zum Beispiel der Klinikkonzern Ameos, müsse das Bieterverfahren unterbrochen werden. „Wir verlangen größtmögliche Transparenz und die Offenlegung aller Beraterverträge des Landes mit PriceWaterhouseCoopers.“

Das Sozialministerium hatte diese Beraterfirma bereits damit beauftragt, das von ver.di bei der unabhängigen Unternehmensberatung BAB in Auftrag gegebene Alternativgutachten zum Verkauf der LKH einer kritischen Bewertung zu unterziehen.

„Wenn ein- und die selbe Beraterfirma erst Alternativgutachten im Auftrag des Ministeriums kritisch bewertet, dann selbst das Verkaufsverfahren abwickelt und gleichzeitig Geschäfts- und Gesellschafterbeziehungen zu potentiellen Käufern unterhält, dann ist das ein Stück aus dem Tollhaus“, kritisierte Denia.

Die Beschäftigten der Landeskrankenhäuser sind kampferfahren, das haben sie in den letzten drei Jahren bewiesen. Wenn auch der Verkauf nicht gestoppt werden konnte, konnte aufgrund ihres Protestes erreicht werden, dass sich die Gewerkschaft ver.di und das Land Niedersachsen am 28.8.06 auf einen Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung für die über 6.000 Arbeitnehmer der zum Verkauf stehenden acht Landeskrankenhäuser (LKH) verständigten.

„Dies ist ein großer Erfolg für die Beschäftigten, die in den letzten Jahren mit vielen phantasie- und machtvollen Aktionen für ihre Interessen eingetreten sind“, kommentierte ver.di-Landesleiter Wolfgang Denia den Abschluss, der zum 1. November in Kraft tritt.

Der öffentliche Protest gegen die Veräußerungspraktiken der Landesregierung und die Proteste der Beschäftigten werden es der Landesregierung erheblich erschweren, die Kliniken zu „verschern“. Um diesen Protest zu unterdrücken und die Beschäftigten einzuschüchtern hat die Landesregierung bei der Leitung des LKH Tiefenbrunn Daten über die Mitarbeiter angefordert, die sich an einer Protestaktion beteiligt hatten. bee

Groß- und Außenhandelsverband fordert freie Bahn für 60-Tonner!

FAZ, Mi. 23.8.06. Der BGA hat eine PkV-Maut von 3 bis 5 Cent je Kilometer vorgeschlagen. So könne Personenverkehr von der Straße auf die Schiene verlagert werden. Damit werde dann Platz geschaffen, um das steigende Transportaufkommen auf den deutschen Straßen zu bewältigen. Dazu seien weder Bahn noch Binnenschifffahrt in der Lage. Derzeit seien kaum Lastwagen und weder Schiffe noch Waggons für spontane Transporte zu bekommen. Riemann forderte deswegen eine schnelle Entscheidung der Bundesregierung zur Zulassung von 60-Tonnen-Lastzügen, um das Wachstum im Güterverkehr handhaben zu können.

BDA-Präsident strikt gegen Mindestlöhne.

Die Aufnahme der Gebäudereiniger in das Entsendegesetz müsse eine Ausnahme bleiben, „damit nicht durch die Hintertür des Entsendegesetzes ein System gesetzlicher Mindestlöhne etabliert wird“, erklärte Arbeitgeberpräsident D. Hundt. Der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, K. F. Zimmermann, sprach sich ausdrücklich gegen die Einführung eines Mindestlohns in der Zeitarbeitsbranche aus. Die vielen gering qualifizierten Arbeitslosen hätten es dann noch schwerer, Arbeit zu finden. Werde der geltende Tarifvertrag mit 7 Euro Mindestlohn im Westen und 6,10 Euro im Osten für allgemeinverbindlich erklärt, bedeute dies einen Pakt zu Lasten Dritter, nämlich der nicht tarifgebundenen Zeitarbeitsunternehmen.

Mittelständische Wirtschaft (BVMW) gegen Substanzbesteuerung.

FAZ, Fr. 25.8.06. Zu einem völligen Verzicht auf eine Besteuerung gewinnunabhängiger Elemente aus der Gewerbe- und Körperschaftsteuer hat der Präsident des BVMW, M. Ohoven, die Bundesregierung aufgefordert. Das Problem der Gewinnverschiebung von Konzernen ins Ausland darf nicht auf Kosten des Mittelstandes gelöst werden.

BDI will Flexibilität statt Mitbestimmung.

FAZ, Mi. 30.8.06. Bundeskanzlerin und Bundesarbeitsminister haben sich von der Arbeit der Mitbestimmungskommission distanziert. Zwar werde sich die Koalition „sicher mit dem Ergebnis beschäftigen“, aber keinesfalls „einseitige Empfehlungen“ zur Grundlage der Regierungsarbeit machen, stellte die Kanzlerin klar. Der BDI meint, die Mitbestimmung in den Aufsichtsräten habe in Europa keinen Nachahmer gefunden. „Heute brauchen die Unternehmen mehr Flexibilität für ihre Internationalisierung, auch um Arbeitsplätze in Deutschland zu sichern“, so K. Bräunig, BDI-Hauptgeschäftsführung. Presseauswertung: rst

Mit Optimismus in Berliner

Endspurt: Die Spitzen des Landesvorstandes, des Fraktionsvorstandes und die Senatsmitglieder der Linkspartei.PDS Berlin berieten am 4.9. in Klausur. Themen waren der laufende Wahlkampf und die inhaltliche Vorbereitung möglicher Sondierungsgespräche nach der Berliner Wahl. Der Spitzenkandidat, Harald Wolf, resümierte: „Wir kämpfen bis zum letzten Tag und ich bin optimistisch, dass wir unser Wahlziel 17% + x schaffen werden.“ Dafür spreche auch, dass die drei Hauptthemen der Linkspartei.PDS zunehmend wahr- und angenommen werden. Einstieg in einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor statt 1-Euro-Jobs; Einstieg in ein besseres Schulsystem nach dem Motto „skandinavisch schlau“ sowie die Landesunternehmen der Daseinsvorsorge sanieren und nicht privatisieren.

Klaus Lederer, Landesvorsitzender, unterstrich: „Wenn wir erneut in eine Koalition gehen, dann nicht, weil wir Koalitionen so schau finden, sondern weil wir Berlin nach links bewegen wollen.“ Zu anhaltenden Spekulationen fügte er hinzu: „Das geht mit den Ökoliberalen sehr schwer. Das ist mit der SPD schon schwierig genug.“ Mit der heutigen Klausur sei man inhaltlich gut auf eventuelle Sondierungsgespräche vorbereitet, schätzten beide ein. „Wir sind gewappnet, allemal besser, als 2001“, so Lederer. Zugleich kritisierte Klaus Lederer die Berliner CDU: „Der Wahlkampf wird bis zum letzten Tag auch ein Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus sein. Das ist nötig und es ist gut, wenn das Partei übergreifend so gesehen wird. Leider spielt die CDU beim Moschee-Streit in Pankow-Heinersdorf ein doppeltes Spiel. Das ist verantwortungslos!“

Lothar Bisky auf der Pressekonferenz in Berlin im Anschluss an die erweiterte Vorstandssitzung:

Die ganze Partei steht hinter unseren Genossinnen und Genossen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern und hinter ihren Spitzenkandidaten. Wir unterstützen sie im Wahlkampf. In den Koalitionen mit der SPD hat die Linkspartei.PDS auch unter schwierigen Bedingungen praktische Politikfähigkeit bewiesen und gerade für sozial Benachteiligte einige Verbesserungen erreicht. Wir überbewerten das nicht, aber wollen es erwähnen. Das geht sogar soweit, dass sich die Berliner SPD jetzt unsere jahrelange Forderung nach einer Elternbeitragsfreien Kita für alle Kinder zu Eigen gemacht hat und auch die Ganztagschule unterstützt. So wird die Bundes-SPD vor neue Denkaufgaben stellt. Ich sage ganz klar: Wir wollen diese Politik fortsetzen. Es ist nicht un-

ser Interesse, die SPD zu schwächen, sondern die Linke in Deutschland zu stärken. Wir wollen Menschen aus der breiten Mitte der Gesellschaft gewinnen, die sich sozial engagieren und für Chancengleichheit eintreten. Deshalb ist es notwendig, dass die Linkspartei in beiden Ländern von den Wählerinnen und Wählern ein klares Mandat erhält. Es geht um ein gutes Wahlergebnis für linke, soziale Politik, damit die Chance für ein alternatives Politikmodell zur großen Koalition gegeben ist – falls sich die SPD ab 17. September nach 18 Uhr noch traut. Wir wissen, die Alternative zu rot-rot, in welcher Konstellation auch immer, ist gleichbedeutend mit weiterem Sozialabbau und weiterer Privatisierung. (...)

Methling: Seidel ist in Sachen Bombodrom unglaublich.

Der Spitzenkandidat der Linkspartei. PDS, Umweltminister Methling, hat der Landes-CDU Unglaubwürdigkeit vorgeworfen: „Was Herr Seidel da in Sachen Bombodrom anstellt, ist schon abenteuerlich. Er hält Protestreden auf dem Marktplatz von Waren gegen den geplanten Luftboden-Schießplatz, dringt damit aber nicht bei der Bundesregierung vor. Entweder er nutzt seine Kontakte zur Kanzlerin nicht oder er hat gar keine. Wenn es die CDU Mecklenburg-Vorpommerns ernst meint mit ihrer ablehnenden Haltung gegen das Bombodrom, dann muss sie die Bundesregierung zu einer Entscheidung bewegen. Noch vor der Landtagswahl“, so Wolfgang Methling.

Wagenknecht stützt Lafontaine:

Das Neue Deutschland berichtet in seiner Ausgabe von 4.9., dass Sarah Wagenknecht Lafontaines Kandidatur zum Parteivorsitzenden unterstützt: „Alles andere wäre völlig absurd“, hört man da. Ungewohntes Lob auch von der Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke: „wichtige Impulse“ gingen von ihm aus, erklärte sie im Tagesspiegel, etwa wenn es gegen Privatisierungen gehe. Ihre Kollegin Nele Hirsch begrüßte, dass der Fraktionsvorsitzende eine Diskussion über Kriterien für Regierungsbeteiligungen angestoßen habe – und so „für mehr Glaubwürdigkeit“ der neuen Partei Sorge. Auch die Berliner WASG und SAV-Spitzenkandidatin Lucy Redler schmilzt dahin: Lafontaine stehe ihr „natürlich näher“ als die Pragmatiker im Linksbündnis, ist da zu hören.

In einem Gespräch mit der Zeitschrift Freitag äußerte sich der Bundesgeschäftsführer der Linkspartei.PDS **Dietmar Bartsch zum Thema Privatisierung öffentlicher Betriebe** unter der Überschrift „Eine allgemeine Kam-

pagne gegen den Verkauf öffentlichen Eigentums führt nicht weiter. Die demokratische Teilhabe der Bürger muss gestärkt werden.“ Er antwortete damit auf Thomas Händel, Bundesvorstand WASG, der im „Freitag“ einen Verkauf grundsätzlich abgelehnt hatte.

Bartsch unter anderem: „Die Linke kann dabei im Gegensatz zu den anderen Parteien die über 60 Jahre gewachsenen unterschiedlichen Erfahrungen in Ost und West in der Eigentumsfrage politisch produktiv zusammenzuführen. Sie unterscheiden sich dann von den üblichen West-Ost-Vereinigungen: Ostdeutsche Erfahrungen mit der Dominanz der staatssozialistischen Eigentumsform würden in einem demokratisch-sozialistischen Gesellschaftskonzept tatsächlich aufgehoben. Zu einer Lehre der PDS aus dem Scheitern des Staatssozialismus zählt, die Bedeutung zivilgesellschaftlicher Strukturen, die Tätigkeit gemeinnütziger Verbände und Organisationen für das demokratische Gemeinwesen zu betonen und dafür einzutreten, sie in die Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge einzubinden. Für den bewussten Umbau staatlicher Apparate zu Gunsten gesellschaftlicher, aber nicht profitorientierter Organisationen, wurde in Teilen der PDS vor Jahren der Begriff „progressive Entstaatlichung“ gefunden.“

Die neoliberale Alternative „Markt oder Staat“ kann sich die Linke nicht unter umgekehrten Vorzeichen zu eigen machen. Nicht „Markt“ und „Staat“ stehen sich gegenüber, sondern Versorgungsprinzip und Profitmaximierung. Bestimmt das Profitprinzip das Handeln, ist es gleich, ob die Renditeerwartungen von den Anteilseignern eines Hedgefonds oder von einem staatlichen Energieunternehmen wie Vattenfall gesetzt werden. Öffentliches Eigentum dient im Unterschied zu privatem Eigentum einem öffentlichen Interesse, das in demokratischen Entscheidungsprozessen entsteht. Ein zentraler Eckpunkt linker Politik muss es sein, diesen Unterschied zwischen privatem und öffentlichem Eigentum wieder in den Mittelpunkt zu rücken und die demokratische Verfügungsgewalt über Ziele und Zwecke öffentlicher Unternehmen und Einrichtungen zu stärken. Nach meiner Auffassung werden die notwendigen Anliegen der Linken mit einer allgemein gehaltenen Kampagne gegen den neoliberalen Privatisierungswahn unzureichend beschrieben. Wir sollten uns trauen, mehr zu wollen: die Rückgewinnung des Öffentlichen und Sozialen durch die Ausweitung demokratischer Strukturen und die Reform des öffentlichen Sektors.“

Zusammenstellung: jöd

Bis Jahresende muss der Senat von Berlin die Berliner Landesbank und die damit verbundene Berliner Sparkasse verkaufen. Das Verkaufsverfahren läuft, erste Interessenten haben sich bereits gemeldet. Währenddessen wird, wie man in Wirtschaftskreisen so sagt, die „Braut hübsch gemacht“: Der Vorstand der Bank hat kürzlich gute Zahlen für das 1. Halbjahr 2006 vorgelegt, nach Jahren harter Sanierungen steigen die Gewinne wieder. Der Finanzsenator kann also auf einen guten Preis hoffen. Problem: Würde die Berliner Landesbank an eine private Bank verkauft, dann wäre das „3-Säulen-Modell“ im deutschen Bankensystem aufgebrochen. Der deutsche Bankensektor ist seit Jahrzehnten gegliedert in private Banken, öffentliche Banken (= Sparkassen) und in Genossenschaftsbanken, die auch rechtlich bisher strikt getrennt waren. Der Bundesverband der (privaten) Banken will dieses Modell seit Jahren kippen, um sich in lukrative Geschäftsfelder der Sparkassen einkaufen zu können. Um das zu verhindern, versucht der Sparkassenverband, die Berliner Landesbank deshalb durch eine andere Sparkasse bzw. Landesbank zu übernehmen. Ob das gelingt, wird sich zeigen.

Im Folgenden schildert Klaus Lederer die Position der Linkspartei.PDS in Berlin in diesem Konflikt. Das Land Berlin muss die Auflage der EU umsetzen. Die Linkspartei will aber gleichzeitig den öffentlich-rechtlichen Einfluss auf die Sparkasse so weit wie möglich erhalten. Aus Platzgründen sind die Ausführungen zu den bei Regierungsantritt von Rot-Rot in Berlin übernommenen Bürgschaften für die Berliner Landesbank gekürzt. Der vollständige Text ist als „standpunkte 5/2006“ auf der Homepage der Rosa-Luxemburg-Stiftung (www.rosalux.de) herunter zu laden.

Als Kasten auch dokumentiert ist eine innerparteiliche Gegenposition von Sarah Wagenknecht (KPF, MdEP). Im Kern besagt diese: die Massen mobilisieren und notfalls eine neue Sparkasse gründen. Die Massen zu mobilisieren dürfte nach den teuren Erfahrungen mit der Berliner Landesbank schwierig werden. Und woher soll das Land Berlin das Geld nehmen für eine neue Sparkasse?

Ebenfalls dokumentiert ist eine aktuelle Mitteilung der Gewerkschaft ver.di zu dem Konflikt mit der EU-Kommission um die Zukunft der Sparkassen. rül

Privatisierung der Berliner Sparkasse?

Klaus Lederer

Die nachfolgenden Erörterungen setzen sich mit dem „Fall Berliner Sparkasse“ auseinander. Sie sind ein Beitrag zur Diskussion um praktisches Handeln in politischer Mehrheitsverantwortung, sei es in Kommunen oder Ländern, sowie ein Beitrag zur Debatte um Privatisierung und öffentliches Eigentum. Sie sollen die konkreten Verhältnisse und Rahmenbedingungen beschreiben, unter denen sich der Betrieb und Umgang mit der Berliner Sparkasse vollzieht, Ursachen, Gründe und Handlungsmotivationen offen legen und schließlich Wege andeuten, die unter diesen Voraussetzungen gegangen werden können.

Sparkassen als Finanzinstitute zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben und die Linke

Im Betrieb öffentlich-rechtlicher Sparkassen spiegelt sich eine typisch deutsche kommunalwirtschaftliche Tradition wieder. Sie stammt aus einer Zeit, in der das Bürgertum, das in den Städten und Gemeinden die politische Herrschaft hatte, die kommunale Selbstverwaltung nutzte, um sich selbst mittels „hoheitlicher Verfügung“ und unter Nutzung der öffentlichen Instanzen, Befugnisse und Finanzmittel (Steuern und Abgaben) die Voraussetzungen für die materielle Reproduktion zu sichern. Dieses Interesse fiel mit einem realen und Bedeutungswachstum der Kommunen und der Herausforderung zusammen, die sozialen Voraussetzungen für das urbane Zusammenleben aller Menschen in den Wachstumszentren der Industriegesellschaft zu sichern. Die Konsequenz war eine Ausweitung der wirtschaftlichen Tätigkeit der Kommune für infrastrukturelle Leistungen im eigenen Gebiet, die heute allgemein – be-

schreibend – als Daseinsvorsorge bezeichnet wird.

Dies bedeutet allerdings nicht, dass sich Gewinnerzielungsabsicht und kommunale Wirtschaftstätigkeit ausschließen. In vielen kommunalen Wirtschaftsunternehmen spielt schon wegen der prekären Haushaltslagen die Rentabilität und Profitabilität der Leistungserbringung nicht nur eine untergeordnete Rolle. Auch die Sparkassen werden von den Kommunen nicht als Wohltätigkeitseinrichtungen betrieben. Hier verbinden sich kommunale Wirtschaftsförderung („Standortpolitik“), kulturelles und sportliches Engagement, aber auch ein fiskalisch lukratives Geschäft für die kommunalen Kassen – entweder unmittelbar durch Gewinnabführungen in den oder mittelbar durch die Verlagerung von einzelnen Aufgaben aus dem kommunalen Haushalt in das Unternehmen¹ und damit auch aus der direkten Verantwortung der kommunalen demokratischen Vertretung. Wie das Ganze konkret aussieht, ist nicht zuletzt eine Frage der jeweiligen kommunalen Politik in den gemeindlichen Unternehmen. Sparkassen und andere kommunale Unternehmen können so oder so betrieben werden, ein „klassisches Sparkassenmodell“, gibt es in Deutschland nicht.² Sparkassen existieren in den vielfältigsten Formen, selbst in privaten Rechtsformen. Inzwischen geht der Trend ohnehin mehr denn je dahin, dass die örtlichen Sparkassen zwar formal rechtlich eigenständig bleiben, aber als Verkaufsagenturen der Verbundmarke „Sparkasse“ und der von dieser angebotenen Finanzdienstleistungen agieren. Hier setzt meines Erachtens die Notwendigkeit linker Debatten um die Berechtigung und Notwendigkeit „öffentlichen Eigentums“³ an und hier sind die konkreten Probleme von linker Kommunalpolitik im Zu-

sammenwirken mit den landes- und bundespolitischen Akteuren zu analysieren und praktisch anzugehen.

Die Kommunen besitzen in der Bundesrepublik das Recht und die Pflicht, für die Versorgung ihrer Bevölkerung mit den lebensnotwendigen und sozialen Infrastrukturen Sorge zu tragen. Sie können dies selbst tun oder aber auch privaten Akteuren überlassen. Lange Jahre war die kommunale Aufgabenerfüllung von „Eigenerfüllung“ gekennzeichnet. Die entscheidende Voraussetzung hierfür war und ist heute noch die Verfolgung eines öffentlichen Zweckes, der kommunalpolitisch definiert werden muss und auch sollte. Dennoch geht der Trend⁴ in Richtung „Ausfransung“ des öffentlichen Sektors, in Richtung Beteiligung privater Institutionen und Unternehmen, nicht selten mit Gewinnerzielungsinteresse. Hierfür gibt es eine ganze Reihe von Gründen, die einander überlagern können.⁵ Die in den vergangenen dreißig Jahren entwickelten Formen der Verbindung öffentlicher Aufgabenerfüllung mit privaten Strategien und Interessen sind inzwischen schier unübersehbar geworden. Konzessionen, Kooperationsverträge, sogenannte Public Private Partnerships, Ausschreibung von Aufgaben und vieles mehr sind heute die Realität kommunaler Wirtschaftstätigkeit und Aufgabenerfüllung. Die Linke wird auf der kommunalen Ebene nicht umhinkommen, sich den daraus folgenden Schwierigkeiten und Problemen kommunalen Handelns zu stellen. Nicht durch allgemeine Bekenntnisse für vermeintlich bessere Rechtsformen, sondern durch die Suche nach und Durchsetzung von praktischen Lösungen der Aufgabenerfüllung, die den Bedürfnissen der Bevölkerung, der demokratischen und transparenten öffentlichen Steuerung unter den konkreten Verhältnissen – so

gut wie in jedem Falle möglich – gerecht werden. Kommunale Vertreterinnen und Vertreter der Linken finden in der Regel keine Idealkommune vor, sondern sie übernehmen Probleme, Altlasten, bestehende Institutionen und Bindungen aus vorangegangenen politischen Entscheidungen, spezifische Haushaltssituationen. Damit müssen sie sich auseinandersetzen.

Im Sparkassensektor gilt dies ebenfalls. Grundsätzlich ist vorwegzunehmen: Bankdienstleistungen sind den Kommunen mit der Ausnahme des Sparkassenbetriebes verboten. Die Sparkassen erfüllen öffentliche Aufgaben im Gemeindegebiet, nämlich die Grundversorgung der lokalen Bevölkerung mit Bank- und Kreditdienstleistungen.⁶ Zur Sicherung dessen sind sie in ihrem Wirkungsfeld eingeschränkt. Gemäß § 40 Kreditwesengesetz sind die Sparkassen öffentlich-rechtlich (d. h. öffentlich-rechtlicher Aufsicht unterworfen und öffentlich-rechtlich organisiert), am Gemeinwohl orientiert und dem lokalen Wirkungskreis verpflichtet (sog. Regionalprinzip). Überhaupt nicht einig ist man sich über die Frage, ob dies auch zwingend einen ausschließlich öffentlichen „Eigentümer“ voraussetzt und ob die Gewinne grundsätzlich gemeinwohlbezogen einzusetzen sind. Beides war in Berlin in der Vergangenheit nicht der Fall.

Das jüngere politische Problem: Die Sparkassen haben sich unter ganz konkreten historischen Bedingungen und Kräfteverhältnissen in Deutschland entwickelt. Andere europäische Ent-

wicklungstraditionen des bürgerlichen Staats kennen die Sparkassen nicht. Durch die europarechtlich abgestützte ökonomische Integration der Europäischen Union⁷ sind inzwischen auch die Sparkassen unter Legitimationsdruck geraten, da sie sich an den Vertragsvorgaben für öffentliches Handeln messen lassen müssen. Öffentliche Wirtschaftstätigkeit ist nach den Prinzipien des Europäischen Wirtschaftsrechts, das für die EU geradezu konstituierend war und mit Maastricht eine neue Dynamik gewinnen konnte, also an den Freiheiten des Binnenmarktes, zu messen.

Danach gilt grundsätzlich, dass öffentliches Handeln im „wirtschaftlichen Sektor“ nur dann nicht als „marktverzerrend“ anzusehen ist, wenn sich der öffentliche Eigentümer wie ein privater Marktteilnehmer verhält. Auch für öffentliche Leistungen, die als wirtschaftliche (also gegen Entgelt und mittels wirtschaftlicher Rechnungsführung) erbracht werden, sind grundsätzlich diese Maßstäbe anzulegen. Für den Banksektor gilt deshalb nach europarechtlichen Maßgaben: öffentlich-rechtliche Bankinstitute dürfen zwar betrieben werden, allerdings dürfen sie nicht gegenüber privaten Banken infolge staatlicher Intervention bevorzugt behandelt werden. Ob dies der Fall ist, kann allerdings nicht „objektiv“ festgestellt werden, sondern ist eine Wertungsfrage: Ist die öffentliche Privilegierung im konkreten Fall nur ein (im Ausnahmefall europarechtlich zulässiger) staatlicher Ausgleich für besondere Auferlegung von allgemeinen Pflich-

ten oder eine (im Normalfall verbotene) staatliche Beihilfe, die marktverzerrend wirken kann? Was hier gilt, wurde und wird zu einem beträchtlichen Teil politisch ausgetritten (siehe letzter Abschnitt). Die Entwicklung der EU-Wettbewerbspolitik und des EG-Wirtschaftsrechts markiert die Einbeziehung von immer mehr Wirtschafts- und Lebensbereichen in das Anwendungsfeld der europäischen Wettbewerbs- und Beihilfenormen.

Die erste entscheidende Auseinandersetzung um den deutschen öffentlichen Sparkassensektor zwischen Bundesrepublik und EU entwickelte sich an der Frage der öffentlich-rechtlichen Anstaltslast und Gewährträgerhaftung.⁸ Öffentlich-rechtliche Anstalten, Betriebe in besonderen kommunalen Unternehmensrechtsformen, können vom Träger, also der öffentlichen Hand, mit der Garantie ausgestattet werden, dass diese für ihre Rechte und Pflichten unmittelbar einstehen würde. Dies war der EU-Kommission im Fall der Sparkassen im Wege. Da private Unternehmen am Markt das Risiko ihres Geschäftsbetriebes grundsätzlich selbst tragen müssen, sah man hierin eine unzulässige, allgemein nicht zu rechtfertigende Privilegierung der Sparkassen gegenüber sonstigen Banken. Die Kommission eröffnete ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik. Der Streit dauerte einige Jahre an, schließlich einigte man sich 2003 auf eine halbherzige Variante, die de facto der EU-Position Rechnung trug. Das Verfahren wurde zum Ruhen gebracht. Es fiel die Gewährträgerhaftung mit Wirkung vom 18. Juli 2005 für alle deutschen Sparkassen.⁹

Eine daraus folgende Auseinandersetzung hierzulande dreht sich um die Frage, ob die Sparkassen unter den so gewandelten Bedingungen noch eine gemeinwohlbezogene Funktion hätten oder ob sie nicht besser als lukrativer Vermögenswert unter den Verhältnissen klammer Kassen verkauft werden sollten. Dies versuchte beispielsweise die Stadt Stralsund unter Regie eines CDU-Bürgermeisters. Der Plan wurde durch das Eingreifen des Landes vereitelt.

Damit konnte bisher die Geschlossenheit und weitgehend öffentlich-rechtliche Gestalt des Sparkassensektors gesichert bleiben. Inzwischen wird von den Gegnern des Sparkassensektors argumentiert, die Privilegierung der öffentlich-rechtlichen Sparkasseninstitute bestehe in der Garantie des „Kollektiv“-Markenzeichens „S“ für einen gesamten Unternehmenssektor, dessen Verwendung privaten Unternehmen gegenwärtig nicht möglich sei. Vor diesem Hintergrund ist weiterer Druck auf den öffentlichen Sparkassensektor zu erwarten, und der Sonderfall Berlin entwickelt sich zu einem besonderen symbolischen Bestandteil dieser Aus-

Finanzdienstleistungen:

Bsirske überreicht Steinbrück mehr als 120.000 Unterschriften für Erhalt der Sparkassen

Anlässlich der Übergabe von mehr als 120.000 Unterschriften für den Erhalt des Namensschutzes der deutschen Sparkassen hat ver.di-Chef Frank Bsirske die gemeinsame Haltung mit der Politik unterstrichen: „Wir sind uns mit Bundesfinanzminister Peer Steinbrück einig, dass sich die Dreisäulen-Struktur des deutschen Bankwesens aus Sparkassen, Genossenschaftsbanken und privaten Geldinstituten bewährt hat und erhalten werden muss“, sagte Bsirske.

Der ver.di-Bundesvorsitzende betonte, es herrsche mit dem Finanzministerium Einvernehmen über die Rolle der Sparkassen. Bundesfinanzminister Peer Steinbrück hatte in dem Gespräch mit Bsirske und den Sparkassenexperten der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) die Haltung der Bundesregierung noch-

mals bekräftigt: „Wo Sparkasse draufsteht, muss auch Sparkasse drin sein“, sagte Steinbrück.

Bsirske hob die volkswirtschaftliche Funktion der Sparkassen als Universaldienstleister hervor, die Nähe der Sparkassen zu Privathaushalten sowie zu kleinen und mittelständischen Unternehmen und die gemeinwohlorientierte Ausrichtung der Institute: Hauptgeschäftszweck der Geschäftstätigkeit sei die Erfüllung des öffentlichen Auftrages und nicht die Gewinnmaximierung. ver.di und das Bundesfinanzministerium würden in einem engen Gedankenaustausch über die Zukunft des Sparkassensektors bleiben, sagte Bsirske weiter.

Die Übergabe der mehr als 120.000 Unterschriften war Teil der ver.di-Aktion „Gutes erhalten! Sparkasse: das Original“, an der sich Beschäftigte aus den 457 Sparkassen und den 101 Sparkassen-Verbundunternehmen bundesweit beteiligt haben. Anlass ist die Auseinandersetzung mit der EU-Kommission um den Bezeichnungsschutz der Sparkassen.

(www.verdi.de, 29.8.2006)

einandersetzung.

(...)

Die Garantieerklärung war die grundlegende Voraussetzung für einen Sanierungskurs mit dem Ziel, die Steuerung im Konzern zu reorganisieren, die Investitionsbank Berlin (IBB) mit ihrer hoheitlichen Aufgabe herauszulösen¹⁷, und den Konzern auf seine regionalen Geschäftsschwerpunkte zurückzuführen.

Bei der Garantieerklärung handelt es sich jedoch – europarechtlich betrachtet – um eine staatliche Beihilfe im Sinne des Art. 87 Abs. 1 EG-Vertrag, die der Notifizierungspflicht bei der EU-Kommission unterliegt. Staatliche Beihilfen werden durch den EG-Vertrag nur in sehr engen Grenzen zugelassen, da sie als staatliche Eingriffe in das Marktgeschehen gelten. Im Falle der „Risikoabschirmung“ kam eine Genehmigung durch die Europäische Kommission lediglich als Umstrukturierungs- („Rettings“-) Beihilfe in Betracht, um den Ausfall des Unternehmens im Kreditsektor mit allen denkbaren Folgen zu verhindern. Die EU-Kommission war jedoch als „Hüterin der Verträge“ europarechtlich befugt, zur Sicherung einer europa-rechtskonformen Beihilfenpraxis Auflagen zu erteilen, um „Marktverzerrungen“ zu begegnen oder diese zu begrenzen. Im Beihilfeverfahren nach Art. 88 Abs. 2 EG-Vertrag wurde deutlich, dass die Kommission die Beihilfe nur unter der Auflage der Privatisierung des Bankenkonzerns genehmigen würde.

Durch Entscheidung der EU-Kommission wurde die Beihilfe am 18. Februar 2004 genehmigt. Dies geschah unter der Bedingung der Zusage der Bundesrepublik Deutschland, dass Berlin seine Beteiligung am Bankenkonzern bis zum Ende des Jahres 2007 abgeben würde.¹⁸ In Art. 1 werden die rot-grüne Kapitalzuführung, die rot-grüne Rahmenzusage für die Risikoübernahme und die rot-rote „Risikoabschirmung“ unter der Voraussetzung der Einhaltung von Zusagen Deutschlands als mit dem gemeinsamen Markt vereinbar erklärt. Deutschland hat „sicherzustellen, dass das Land Berlin seine Beteiligung an der BGB in Übereinstimmung mit den im Anhang aufgeführten Bedingungen veräußert“ (S. 91). Die Entscheidung richtet sich gegen die Bundesrepublik und sie ist bindend. Im Anhang heißt es hierzu: „Deutschland stellt sicher, dass das Land Berlin ein offenes, transparentes und diskriminierungsfreies Veräußerungsverfahren einleitet, sobald der Konzernabschluss der Bankgesellschaft Berlin AG für das Jahr 2005 gebilligt wurde, und dieses bis zum 31. Dezember 2007 abschließt“ (S. 93).

Die Konsequenz daraus: Das Land muss sich bis zum Jahresende 2007 vom Bankenkonzern trennen. Dies beinhaltet auch all seine unselbständigen Be-

Sarah Wagenknecht: Gab und gibt es Alternativen?

(...) Hat Klaus Lederer recht, wenn er uns keine andere Wahl lässt als die zwischen einer „sparkassenfreie Zone“ einerseits und einer de facto Privatisierung unter Wahrung der öffentlich-rechtlichen Fassade, wie sie der Berliner Senat anstrebt?

Wie Klaus selbst andeutet, ist über die Frage der Sparkassenprivatisierung zwischen der deutschen Bundesregierung und der EU-Kommission ein heftiger Streit entbrannt: Während die EU-Kommission auf Erfüllung der Auflagen, d.h. diskriminierungsfreien Verkauf der Anteile des Landes Berlin an der Bankgesellschaft Berlin AG beharrt, kann die Bundesregierung darauf verweisen, dass ein Verkauf der Berliner Sparkasse an eine private Bank nicht mit dem deutschen Kreditwesengesetz in Einklang zu bringen ist. Die Situation ist also unklar – und es stellt sich die Frage, warum der Berliner Senat davor zurückscheut, das Mittel der Sparkassen-Selbst- bzw. -Neugründung als politisches Druckmittel einzusetzen. Noch ist es möglich, in Berlin eine voll funktionsfähige und dem Gemeinwohl verpflichtete Sparkasse zu erhalten bzw. zu schaffen. Bei der Frage nach dem „Wie“ hilft vielleicht ein Blick nach Stralsund oder Sachsen, wo es schon vor einigen Jahren Angriffe auf die dortigen Sparkassen gab, die durch massive öffentliche Mobilisierung abgewehrt werden konnten.

(gefunden unter: www.antikapitalistische-linke.de)

standteile, sofern sie nicht herausgelöst (IBB) oder separat veräußert (z.B. Berliner Bank¹⁹) werden sollten, was sich bereits aus dem Zusammenhang des Beihilfeverfahrens ergibt: Ziel der Beihilfe ist die Sicherung der langfristigen Rentabilität des Unternehmens, die Vermeidung seiner Betriebsaufgabe im Wettbewerbsmarkt. Das Unternehmen muss durch die Beihilfe in die Lage versetzt werden, fortan aus eigener Kraft im Wettbewerb ohne weitere staatliche Zuwendungen bestehen zu können. Daraus folgt auch, dass das Unternehmen nach der Privatisierung für sich und insgesamt ökonomisch lebensfähig sein muss. Dies wäre bei der Ausgründung einer öffentlich-rechtlichen Sparkasse aus der Konzernsubstanz nicht mehr gegeben: Werthaltig und demnach Grundlage für die wirtschaftliche Überlebensfähigkeit des Konzerns ist das Retailgeschäft mit Privat- und Firmenkunden²⁰, welches sich innerhalb des Konzerns nach der Herauslösung der Berliner Bank weitgehend unter der Marke „Sparkasse“ vollzieht. Hier sind im Kontext der Umstrukturierung des

Bankenkonzerns zu einem lebensfähigen Unternehmen weitgehend stabile Erträge zu erwarten. Man muss sich immer vor Augen halten, dass der Restrukturierungsplan auf das ursprüngliche Kerngeschäft einer klassischen regionalen Sparkasse setzt. Nur ist dieser Restrukturierungsplan nach dem Versagen der Berliner Politik nicht mehr in Trägerschaft des Landes Berlin zu realisieren.

4. Berlin bleibt Sonderfall: Zu den Problemen der Sicherung einer öffentlich beeinflussten Grundversorgung im Berliner Bankensektor

Im Ergebnis des Bankenskandals steckt Berlin und jegliche Berliner Politik daher in einer Zwickmühle: Der Crash des Bankenkonzerns hätte in Hinblick auf die Sparkasse zu keinem anderen Ergebnis geführt als die Entscheidung, ihn zur Vermeidung massiver wirtschaftlicher und sozialer Folgen zu restrukturieren. Denn es gibt keine Sparkasse, sondern lediglich die Marke innerhalb des BGB-Konzerns.

Mit der Privatisierungsaufgabe an das Land ist die Pflicht verbunden, ein „diskriminierungsfreies“ Veräußerungsverfahren einzuleiten. Diskriminierungsfreiheit bedeutet nach europarechtlicher Lesart: es muss für private und öffentliche Bieter gleichermaßen geöffnet sein. Hürden und Bedingungen, die von vornherein nur einen kleinen, abgegrenzten Bieterkreis zulassen oder seine Chancen begünstigen, sind europarechtswidrig und unzulässig.

Die Berliner Landespolitik, und mit ihr die Linkspartei.PDS, standen und stehen vor der Frage, wie unter diesen Voraussetzungen eine öffentlich beeinflusste Grundversorgung der Bevölkerung im Berliner Bankensektor gesichert werden kann. Die Beschränkung des Bieterverfahrens für den BGB-Konzern auf öffentlich-rechtliche Kreditinstitute war von vornherein europarechtlich ausgeschlossen. Die Reorganisation einer klassischen Sparkasse, wie es sie in Berlin seit der Vereinigung nicht mehr gab, wäre einer Filetierung und Zerlegung des Bankenkonzerns gleichgekommen, in der etwa dem Erhalt einer leistungsfähigen Sparkasse auf der einen Seite (unter „Mitnahme“ der werthaltigen Teile des BGB-Konzerns im Retailgeschäft) die allein nicht lebensfähigen (und insoweit auch nicht privatisierbaren) Teile des Konzerns auf der anderen Seite gegenübergestanden hätten.

Ein solcher Kurs hätte allerdings für die Legitimation einer Restrukturierungsbeihilfe nicht herangezogen werden können. Voraussetzung einer genehmigungsfähigen „Rettungsbeihilfe“ im Fall des Bankenkonzerns ist, dass am Ende des Umstrukturierungsprozesses ein wirtschaftlich lebensfähiges Gesamtunternehmen steht. Das Restruk-

turierungskonzept musste ferner, insbesondere nach dem ersten gescheiterten Privatisierungsversuch und einem negativen Gesamtergebnis 2002, die Privatisierung der gesamten Bank ermöglichen, wobei Kompensationsmaßnahmen zur Verhinderung von Wettbewerbsverzerrungen infolge der Beihilfe auszuschließen waren.²¹ Hier holen uns die Konsequenzen der Gründungsentscheidungen des Bankenkonzerns erneut ein.

Daher verblieb dem Land Berlin politischer Spielraum lediglich in Hinblick auf die Frage, ob und wie in Berlin die Entstehung einer „sparkassenfreien Zone“ verhindert werden und wie die öffentlich-rechtlichen Bindungen, denen eine Sparkasse unterworfen ist, auch nach einer (diskriminierungsfreien!) Veräußerung gesichert bleiben können. Mit dem Gesetz über die Berliner Sparkasse und die Umwandlung der Landesbank Berlin – Girozentrale – in eine Aktiengesellschaft (Berliner Sparkassengesetz – SpK -)²² ist der Versuch unternommen worden, den Spagat zwischen Privatisierungsaufgabe und Erhaltung der Sparkassenmarke mit den öffentlich-rechtlichen Pflichten durchzuhalten.

Aus diesem Grund hat sich die Linkspartei.PDS entschlossen, die Landesbank in eine private Rechtsform zu überführen und in Hinblick auf ihren rechtlich unselbständigen Teil „Sparkasse“ besonderen Bindungen zu unterwerfen, die die Erfüllung sparkassentypischer Pflichten sichern soll. Die LBB wurde eine Aktiengesellschaft, deren Kapital prinzipiell verkehrsfähig ist. Ihre unselbständige Abteilung mit dem „Markennamen“ Sparkasse wurde als teilrechtsfähige öffentlich-rechtliche Anstalt konstituiert, die die Befugnis zur Führung der Bezeichnung „Sparkasse“ erhält, aber – wie ein vor die AG geschaltetes Portal – letztlich mit Wirkung für und gegen die AG Geschäfte tätigt: Die Abteilung Sparkasse verfügt nicht über ein eigenes Vermögen, sondern ist Vermögensteil der AG mit eigener Rechnungslegung. Die Aktiengesellschaft wird vom Land durch Gesetz und Vertrag mit der Befugnis beliehen, Anstaltsträgerin zu sein, und verpflichtet sich im Rahmen des Beleihungsverhältnisses zur Beachtung der gesetzlichen Pflichten nach dem Sparkassengesetz. Die Aufgaben nach dem Sparkassengesetz bestehen in der Förderung des Sparens, in der Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs insbesondere des Mittelstandes, in der Ausrichtung der Geschäftspolitik auf das Land Berlin. Die Sparkasse und mit ihr die AG als Trägerin der Anstalt hat sicherzustellen, dass kaufmännische Grundsätze beachtet werden, die Gewinnerzielung aber nicht Hauptzweck ist, sondern in die Verfolgung der o.g. Geschäftsgrundsätze eingebettet wird. Or-

gane von Bank und Sparkasse sind personenidentisch und das Land kann als Aufsichtsführender über LBB AG (als Träger der Anstalt) und Sparkasse auf die Besetzung der Organe Einfluss nehmen.

Was dadurch versucht wird ist nichts anderes, als das Verkaufsverfahren für den Bankenkonzern den Vorgaben gemäß diskriminierungsfrei zu gestalten, den Erwerbern aber gleichzeitig eine öffentlich-rechtliche Bindung aufzuerlegen, die es zumindest gestattet, die gemeinwohl-bezogene Sparkassenbindung sowie den Markennamen zu erhalten und auf die Verfolgung der sparkassentypischen Ziele weiterhin öffentlichen Einfluss ausüben zu können. (...)

Fraglich ist, ob diese Konstruktion zur Sicherung der Marke und des Auftrags der Sparkasse rechtlich dauerhaft Bestand haben kann. Dass eine privatrechtliche Gesellschaft an sich Träger einer öffentlich-rechtlichen Sparkasse sein kann, ist unbestritten, denn dieses Modell ist in Bayern, Rheinland-Pfalz

tur hätte bilden können. Jenseits der Frage, ob die vollständige Privatisierung des Vermögens einer solchen Anstalt von der EU als aufлагengemäß „diskriminierungsfrei“ akzeptiert worden wäre (dazu bereits eingangs), läuft dies am Ende auf das gleiche Grundproblem hinaus: Eine öffentlich-rechtliche Hülle „ummantelt“ privates Kapital (eines unter Umständen nach dem Verkauf vollprivaten Anstaltsträgers) mit einem entsprechenden Zwang zur Selbstreproduktion in den im Bankensektor üblichen Margen. Auch hier wäre der permanente Konflikt zwischen Kapitalreproduktion und Einhaltung der öffentlich-rechtlichen Pflichten, der Gegensatz zwischen Eigentum und Aufsicht, im Unternehmen selbst angelegt gewesen.

Einstieg in den Ausstieg aus dem Sparkassensektor?

Das Problem an der Debatte um die Berliner Sparkasse ist letztlich folgendes: Der schon eingangs unter 1. geschilder-



Wahlkampfauftritt der Linkspartei in Berlin

und Nordrhein-Westfalen bereits umgesetzt. Zweifel sind angebracht, ob eine teilrechtsfähige Anstalt genügt, um sparkassentypische Strukturen und gemeinwohlorientierte Pflichten zu sichern, und ob insoweit die Aussicht besteht, den Namen „Sparkasse“ nach § 40 KWG halten zu können. Unproblematisch dürfte dies sein, wenn im Rahmen des Bieterverfahrens aus ökonomischen Gründen ein öffentlich-rechtliches Kreditinstitut oder eine öffentlich-rechtlicher Eigentümer den Zuschlag erhält. In diesem Fall bestehen wenig Zweifel daran, dass sich die sparkassentypischen Pflichten auch in letzter Instanz durchsetzen lassen.

Inzwischen wird als Alternative darauf verwiesen, dass das Land auch eine vollrechtsfähige Anstalt öffentlichen Rechts „Sparkasse in Berlin“ mit eigenem Vermögen und eigener Organstruktur

te europa- und bundespolitische Grundsatzstreit, ob § 40 KWG und das deutsche Sparkassensystem überhaupt mit dem EG-Recht vereinbar sind, tobt in vollen Zügen.²³

Auf der einen Seite des Konflikts stehen die EU und der private Bankensektor, die mit Verweis auf die Behinderung der Kapitalverkehrsfreiheit den öffentlichen Sparkassensektor mit seinen gemeinwohlbezogenen Grundpflichten kippen wollen. Begründung: Durch die Voraussetzungen an die Führung der Bezeichnung „Sparkasse“, seien einzelne Akteure des privaten Sektors von der Inanspruchnahme der Exklusivrechte ausgeschlossen. Auf der anderen Seite steht die Bundesregierung mit ihrer Haltung, die Privilegierung des Sparkassensektors in § 40 KWG sei durch Aufgaben des Verbraucherschutzes und des Schutzes des Wirtschaftsverkehrs

gerechtfertigt. Der Senat von Berlin muss qua objektiver Interessenlage im Sonderfall Berlins daran interessiert sein, dass auch Private Träger einer Sparkasse sein können, so sie sich den besonderen gemeinwohlorientierten, sparkassentypischen Pflichten unterwerfen. Denn sonst riskiert er ein Berlin ohne gemeinwohlpflichtiges Bankinstitut. Der Berliner Senat steht damit eher im Lager der Bundesregierung, da es um die Legitimität der Begrenzung von Kapitalreproduktion im Interesse von Verbraucherschutz und Schutz des Wirtschaftsverkehrs geht, ist aber der EU-Auflage unterworfen. Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV) indes hält gegen die Berliner Konstruktion daran fest, dass nur eine vollständig öffentlich-rechtlich organisierte Bank die Bezeichnung Sparkasse führen dürfe.²⁴

Berlin bildet mit seiner verzwickten Ausgangslage eine hervorragende Projektionsfläche, um diesen Streit öffentlich auszutragen. Berlin ist aber nun gerade das Pflaster, in dem die Dinge so atypisch liegen, dass hier ein „Modellfall“ für die Zukunft der deutschen Sparkassenlandschaft nicht in Betracht kommt. Deshalb sollte sich die Linke am Herbeireden eines erneuten „Sündenfalls“ in Berlin auch nicht beteiligen, sondern an der Legitimität öffentlicher Sparkassen gegen EU und privaten Bankensektors genauso festhalten wie an der Legitimität einer Lösung, die die Grundversorgung der Berlinerinnen und Berliner mit Sparkassendienstleistungen sichert. Sie muss sich für die Erhaltung eines funktionsfähigen Sparkassensektors für die Sicherung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung und der klein- und mittelständischen Unternehmen einsetzen. Dies betrifft sowohl die Frage der Organisation als auch der Geschäftsausrichtung des Sparkassensektors. Denn Sparkassen sichern (oder können es zumindest) öffentliche Einflussnahme auf einen Teil des Bankensektors. Sie sind ein Mittel der Konzentrationsverhinderung in der Branche. Lokale Rückbindung ist möglich. Es ist ein Gebot politischer Vernunft, an der politischen und rechtlichen Zulässigkeit der so genannten dritten Säule des Bankensektors nach allen Möglichkeiten festzuhalten. Dies ist die politische Aufgabe, die die Linke in Berlin zu erfüllen hat. Auch wenn es hierbei zum Konflikt mit dem Sparkassen- und Giroverband kommen kann.²⁵

Die Auseinandersetzung um die Zukunft des Deutschen Sparkassensektors wird nicht in Berlin entschieden werden. Die Kommission hat die Bundesregierung bereits aufgefordert, § 40 KWG in der gegenwärtigen Form zu streichen, und für den Fall des Beharrens angekündigt, das bereits Ende der neunziger Jahre eingeleitete Vertragsverletzungsverfahren wieder aufzunehmen. Für die

Linke dürfte es in dieser Auseinandersetzung hilfreich sein, nicht auf die formale Eigentümerzuordnung an den Sparkassen zu achten, sondern darauf, dass die öffentlich-rechtlichen Pflichten gesichert sind, die mit der Bezeichnung „Sparkasse“ typischerweise verbunden werden. Denn darum geht es in der Substanz der Auseinandersetzung im bezeichneten „Namensstreit“.

Die Berliner Sparkasse – als unselbstständige Abteilung einer Landesbank – war seit der Wende immer ein Sonderfall und wird es vor dem Hintergrund der geschilderten Entwicklungen wohl auch zukünftig bleiben – wenn sie es denn im kommenden Jahr überhaupt noch gibt. Das allerdings ist die Verantwortung der Linken in Berlin. Sicherlich wäre es im Ergebnis die beste Lösung, wenn sich in einem diskriminierungsfreien Veräußerungsverfahren ein öffentlicher Bieter durchsetzen könnte. Die Entscheidung darüber ist aber, und das wissen alle Beteiligten, anhand der Gebote zu treffen – hier kann der Sparkassen- und Giroverband deutlich machen, was ihn eine öffentlich-rechtlich getragene Berliner Sparkasse wert ist.

Dr. Klaus Lederer ist Landesvorsitzender der Linkspartei. PDS Berlin und rechtspolitischer Sprecher der Abgeordnetenhausfraktion der Linken.

Quellen:

- 1 Vgl. auch Volker Purbach, Die Auswirkungen des Binnenmarktes auf die Sparkassen und ihre öffentlich-rechtliche Verankerung, 1994, S. 5 ff.
- 2 So auch der Sachverständige Prof. Dr. Schrader (Fachhochschule Fulda) in der Anhörung des Rechtsausschusses des Abgeordnetenhauses zum Sparkassengesetzentwurf; vgl. das Wortprotokoll Recht 15/55 vom 26. Mai 2005.
- 3 „Öffentliches Eigentum“ gibt es streng genommen nicht. Stellt man auf die zivilrechtliche Zuordnung ab, ist kommunales oder Genossenschaftseigentum gleichfalls privatrechtliches Eigentum. Der Umgang mit öffentlichem Eigentum sollte natürlich anderen Verfügungen und Bindungen des Eigentümers unterliegen („Gemeinwohl versus Profitinteresse“), tut dies aber nicht von sich aus. Gleiches gilt für das Genossenschaftseigentum. Vor allem wird die konkrete Form des (juristischen) Eigentums, das heißt die Möglichkeiten, über es zu verfügen, von den jeweiligen Formen der gesellschaftlichen Verhältnisse geprägt. Anders der Marx'sche Eigentumsbegriff, der jedenfalls keine fixe Vermögenszuordnung meint, sondern ein komplexes und wandlungsfähiges soziales Reproduktionsverhältnis, dessen Determinanten nicht ein für alle Mal feststehen, sondern sich im Kontext der gesamten gesellschaftlichen Beziehungen weiterentwickeln.
- 4 Dies hier in detail darzustellen, sprengt den möglichen Rahmen. Es ist jedenfalls dringend erforderlich, dass sich die Linke mit dem Bündel von Ursachen und Triebkräften eingehend befasst, die diesen Trend befördern. Meines Erachtens handelt es sich um eine sehr widersprüchliche Entwicklung, die einerseits die Kommodifizierung öffentlicher Güter ermöglichen soll, unter Umständen aber auch etwas anderes: die Sicherung der Bereitstellung öf-

fentlicher Güter unter geänderten und sich weiterhin ändernden Rahmenbedingungen.

- 5 Ein ganz entscheidender Aspekt ist die Weiterführung der ökonomischen Integration Europas durch EU-Institutionen und mitgliedstaatliche Regierungen, die zusehends die Aufgabenerfüllung im öffentlichen Sektor „mit allgemeinem wirtschaftlichen Interesse“ determiniert; siehe: Lederer, Zu den Auswirkungen des EG-Vertragsrechtes auf die wirtschaftliche Tätigkeit der Kommunen, in: Ansprüche 2/2002, S. 14 ff.
- 6 Dies anerkennt auch die Verfassungsrechtsprechung in der Bundesrepublik, vgl. BVerfG NVwZ 1995, 370, 371 (23. 9. 1994) und Sächs-VerfGH DVBl. 2001, 294 (23. 11. 2000).
- 7 Siehe hierzu die politischen Interessenkonstellationen und Entwicklungspfade, die sich im konkreten Verlauf der europäischen Integration widerspiegeln. Dazu Altvater/Mahnkopf, Grenzen der Globalisierung, 6. Aufl. Münster 2004, S. 398 ff.
- 8 „Anstaltslast“ ist die öffentlich-rechtliche Verpflichtung des Trägers, das Unternehmen funktions- und zahlungsfähig zu halten. „Gewährträgerhaftung“ bedeutet die volle Verantwortung für die eingegangenen Verbindlichkeiten des Instituts, wenn sich der Träger zur Aufgabe des Geschäftsbetriebes entschließt. Die Gewährträgerhaftung greift also in einem Fall, in der ein privatrechtliches Unternehmen in Insolvenz geht. Die Gläubiger können sich hier bei dem Unternehmensträger in vollem Umfang und ohne Rang- und Quotenverfahren schadlos halten.
- 9 Verständigung zwischen der EU-Kommission und der Bundesrepublik Deutschland über die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute, die im Genuss von Anstaltslast und/oder Gewährträgerhaftung stehen (Verständigung I)
- 10-16 entfallen
- 17 Was im Verlauf der Legislaturperiode geschehen ist. Die IBB ist jetzt eine Wirtschaftsförderungsbank des Landes Berlin.
- 18 Entscheidung der Kommission vom 18. 2. 2004, a. a. O. Folgende Zitate stammen hieraus. Angabe der Seitenziffer in der Klammer.
- 19 Vgl. dazu die Entscheidung, a. a. O., S. 27, Erwägungsgründe 91 ff.
- 20 Ebenda, S. 49, 50, 53, Erwägungsgründe 180, 184, 194.
- 21 Aufschlussreich die Erörterungen auf S. 47 ff.
- 22 Abgeordnetenhausdrucksache 15/3802 vom 29. 3. 2005.
- 23 Eine gute Darstellung der beteiligten Akteure und ihrer Interessen und Positionen bietet Financial Times Deutschland vom 18. Mai 2006, S. 22.
- 24 Er besteht daher auf Schaffung einer vollrechtsfähigen Anstalt. Diese Konstruktion macht allerdings, wie das Beispiel der Berliner Wasserbetriebe zeigt, die Einbeziehung privaten Kapitals noch nicht unmöglich. Dies geschieht bei derartigen öffentlich-rechtlichen Anstalten durch Begründung einer atypisch stillen Beteiligung: der Private stellt das Kapital und bekommt im Gegenzug gesetzlich und vertraglich umfangreiche Einflussrechte zugebilligt. In der Sache läuft dies, was alle fachkundigen Beteiligten wissen, aber nicht alle offen sagen, auf die gleiche Konsequenz hinaus: privates Kapital trägt eine öffentlich-rechtliche Anstalt.
- 25 Dessen Positionen sind im Übrigen durchaus wohlbegründet und nachvollziehbar. So ist die Frage berechtigt, ob die „Sparkassenfamilie“ mit der Eingliederung der so gebildeten Berliner Sparkasse in den Haftungsverbund u. U. für ein Mitglied gerade stehen muss, das unter dem Mantel einer öffentlich-rechtlichen Struktur eine gänzlich andere Geschäftspolitik betreibt. Die Probleme liegen hier im Detail.

9. November. Berlin. *Wider die Tolerierung faschistischer Umtriebe.* Die Konferenz beschäftigt sich mit dem Verhältnis von deutschem Staat und Neofaschismus. Kompetente Referentinnen und Referenten setzen sich kritisch mit ausgewählten Aspekten staatlichen Handelns und der zugrundeliegenden politischen Haltung auseinander. Mit Dr. Ralf Feldmann (Richter am Bochumer Amtsgericht, angefragt): „Aktuelle juristische Probleme der Auseinandersetzung mit Neofaschismus“ • Dr. Rolf Gössner (Präsident der Internationalen Liga für Menschenrechte): „Das Dilemma der ‚wehrhaften Demokratie‘ am Beispiel Verfassungsschutz und NPD-Verbotsverfahren“ • Brigitte Pothmer (MdB Bündnis 90/Die Grünen): „Parlamentarische Initiativen gegen Rechts“ • Dr. Ulrich Schneider (Bundessprecher VVN-BdA): „Die staatliche Variante des Geschichtsrevisionismus“ • Frank Brendle (wissenschaftlicher Mitarbeiter von Ulla Jelpke, MdB DIE LINKE): „Traditions- und politisches Selbstverständnis der Bundeswehr“ • Bernhard Müller (Redakteur der Zeitschrift „Sozialismus“): „Der Staatsumbau und seine ideologischen Folgen“ 13.00 bis 18.00 Uhr, ND-Gebäude, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin. Eintritt: 5,00 Euro; ermäßigt 3,00 Euro. Veranstalter: VVN-BdA zusammen mit DRAFD, KFSR und Lagergemeinschaften unterstützt von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

9. September, Zabeltitz (bei Risa). *Bundestreffen der AG Betrieb & Gewerkschaft der Linkspartei.PDS.*

10. bis 15. September. Bayern. *Papst Benedikt XVI. zu Besuch in Bayern.*

16. September. Bremen. *Landesparteitag Linkspartei.PDS.*

16. September. Berlin. *Raus auf die Straße – Großdemo gegen Sozialabbau.* Protestiert wird gegen die Massenarbeitslosigkeit, die seit Einführung von Hartz IV noch gestiegen sei und Arbeitslose in die Armut zwingt, gegen Aushöhlung von Tarifrechten durch 1-Euro-Jobs, dem Lohndumping der Lockerung bzw. Auflösung des Kündigungsschutzes. Nullrunden bei Renten und das Heraufsetzen des Rentenalters seinen ebenfalls ein Abbau des Sozialstaates. Eine menschenwürdige Gesundheitsversorgung könnten nur noch Reiche erkaufen. Menschen mit Behinderungen würden aus Kostengründen immer stärker in Heime gedrängt. Gegen diese und weitere Missstände soll mit dem 3. Sternmarsch protestiert und die Regierung zum Umdenken und Umhandeln aufgefordert werden.

21. September. Magdeburg. *Wahrnehmung rechter Gewalt. Veranstalter: Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt.* Die Tagung untersucht zwei zentrale Fragen im Zusammenhang mit rechten und rassistischen Gewalttaten: Zum einen die Frage der Wahrnehmung rechter Gewalt und zum anderen die Reaktionen von Sicherheitsbehörden, Justiz und Initiativen darauf. Wie hat sich der staatliche Umgang mit rechter Gewalt in den letzten Jahren verändert? Welche Maßnahmen gegen Rechtsextremismus waren und sind erfolgreich in Sachsen-Anhalt? Wo bestehen Handlungsdefizite? Wie sieht der Alltag jenseits schlagzeilenträchtiger Angriffe aus? Und wie können Wahrnehmungsdefizite verbessert werden? Ziel der Tagung ist es auch, anhand von Beispielen aus der Praxis und durch Diskussionen zwischen zivilgesellschaftlichen Initiativen, MultiplikatorInnen im Bereich von Migrations-, Jugend- und Bildungsarbeit sowie den Sicherheitsbehörden, die Unterstützung für Betroffene rechter Gewalt zu verbessern und die Wahrnehmung zu schärfen. Die ReferentInnen sind ExpertInnen aus Praxis und Wissenschaft, die sich seit Jahren mit Rechtsextremismus und seinen unterschiedlichen Erscheinungsformen auseinander setzen. Von 9.45 Uhr bis 13.30 Uhr, Roncalli Haus, Max-Josef-Metzger-Str. 12/1, 339104 Magdeburg.

30. September. Hannover. *Programm-Konvent: Auf dem Weg*

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Land		Termin	Wahlperiode
2006	Sept.	Niedersachsen	Kommunal	10.9.	5 Jahre
	Sept.	Meck.-Pomm.	Landtag	17.9.	4 Jahre
	Sept.	Berlin	Land/Kom.	17.9.	5 Jahre
2007	Frühj.	Bremen	Landtag	13.5.	4 Jahre
	Herbst	Bremerhaven	Kommunal	13.5.	4 Jahre
2008	Frühj.	Hamburg	Land/Kom.		4 Jahre
	Frühj.	Hessen	Landtag		5 Jahre
	Frühj.	Niedersachsen	Landtag		5 Jahre
	Frühj.	Bayern	Kommunal		6 Jahre
	Frühj.	Schleswig-Holstein	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Bayern	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Kommunal		5 Jahre

Quellen: www.bundeswahlleiter.de, Landeswahlleiter

zur neuen Linkspartei in Deutschland. Freizeitheim Ricklingen.

7. Oktober. Berlin. *Linkspartei.PDS: Beratung der Landesvorsitzenden.*

7. Oktober Berlin. *Anti-Atomkonferenz der Linkspartei.PDS.* 10 Uhr bis 16.30 Uhr, Neues Stadthaus, Parochialstraße 3, Otto-Suhr-Saal (U-Bhf. Klosterstraße). Mit Jochen Stay, Henrik Paulitz, Wolfgang Methling u.v.a., weitere Informationen: www.oekologische-plattform.de

3. bis 5. November, Berlin. Die LINKE führt in Zusammenarbeit mit der RLS ein *Nahost-Treffen* durch, an dem sich Linke aus Israel, Palästina und Europa beteiligen.

4. November, Hannover. *Bundestreffen der AG Betrieb & Gewerkschaft der Linkspartei.PDS.*

4. November, Augsburg. *Landesmitgliederversammlung Linkspartei.PDS Bayern.*

18. November, Weimar. *4. Parteitag der WASG.* Mit Wahlen zum Bundesvorstand.

27./28. November. Dresden. *CDU-Parteitag.* Wahl des Vorstands.

4. bis 7. Januar, Erfurt. Linke Schule. Näheres folgt.